

Die "Weltwacht"
erschien wöchentlich 6 Mal
und in durch die
Gesellschaft. Preis Groschen. 5,-/o.
und durch Abonnenten zu bezahlen.
Welt wöchentlich 10 Pf. 2,50.
von Woche zu Woche.
Durch die Post bezogen 10 Pf. 2,50.
frei und ohne 10 Pf. 2,50,
wo keine Post am Orte ist. 10 Pf. 2,50.

Besitzer
Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abonnement 10 Pf.
für die einzelne Ausgabe
oder deren Haft 10 Pf.
Ausländische Abonnenten 10 Pf.
Buchdruckerei 10 Pf.
Druckerei unter Zug 10 Pf.
Unterstützung für Arbeiterschaft 10 Pf.
Arbeitslosen 10 Pf.
Gesellschaftsveranstaltungen 10 Pf.
Unterstützung für arme Familien
wollen bis Normierung 10 Pf.
in der
Gesellschaft abgezogen werden.

Besitzer
Expedition 1206.

Nr. 50.

Breslau, Freitag, den 28. Februar 1913.

24. Jahrgang.

Gemeinkaufstler, Genossen, eilt zur Gewerbege richtswahl! Gewählt wird heute Donnerstag von 5½ bis 8½ Uhr abends.

Nur noch das Gebülfalb!

Die hinausgeschmissene Wahrheit.

Ein Schulbeispiel dafür, wie Monarchen unterrichtet werden und auf Grund welcher Informationen sie ihre Neben halten, liefert die vielerörterte Kaiserrede im Landwirtschaftsrat über die Leistungen des Gutes Cadinen.

Was ist übrig geblieben von all den glanzvoll geschilderten und bestätigten Primalien und Personaldispositionen auf Cadinen, von denen Wilhelm II. der Dessenlichkeit erzählte?

Herr Sohst, der wegen Untauglichkeit hinausgeschmissene Vächter, ist in Wahrheit garnicht hinausgeschmissen. Er sitzt noch fest in seiner Wacht und versucht sein Recht gegen den König auf dem Wege eines aussichtsvollen Prozesses.

Herr Sohst ist aber auch nicht untauglich, wie Wilhelm II. erzählte, sondern ein in Westpreußen sehr angesehener Landwirt von tadellosem Ruf, der auch die berufliche Wertschätzung seiner Standesgenossen genieht und gegen dessen Tüchtigkeit von sachkundiger Seite nie ein Wort gesagt werden konnte, wenn auch die "Deutsche Tageszeitung" sich jetzt nur sehr stark ihres Schutzbefehlen annimmt.

Die Tüchtigkeit aber und sein Vertrag schützen Herrn Sohst vorläufig noch vor dem Hinausgeschmeißen.

Der Bettwirfer Roggen, der lang-gerade auf den Kaiserlichen Feldern steht, und um dessen Saat sich die Nachbarn prügeln, ist den Elbinger Landwirten kein Unbekannter. Seit zwanzig Jahren steht er ebenso langengrade auf den Feldern der überligen Beijer; Herr Wunderlich, der Vorsitzende des Volksvereins, hau ihm selbst seit fünfzehn Jahren und denkt so wenig als die anderen daran, sich jetzt darum zu prügeln.

Die Stützzahl des Viehs auf Cadinen, die dem Kaiser mitgeteilt worden ist, und die er in seiner Rede wiederholt hat, ist vollständig falsch angegeben, sagt Herr Hauptmann Alsen und fügt hinzu: "Seine Majestät ist über alles falsch unterrichtet."

Bedauerlich an der Kaiserrede sind — so sagt ein anderer Redner im Lenzener Verein — auch die falschen Aussführungen von dem Fettgehalt der Milch. Die Landwirte haben darüber gelächelt (!), daß der Fettgehalt der Cadiner Milch 3,58 Prozent betragen soll. Nach meinen Erfahrungen beträgt er höchstens 3,28 Prozent. Die Herren empfanden diesen Schmerz über die falsche Unterrichtung Wilhelm II.

Herr Sohst, der Bettwirfer Roggen, die Größe des Viehbestandes, der Fettgehalt der Milch — alles ist falsch beweit, nichts ist richtig dargestellt worden. Es bleibt nur eins. Daß auf Cadinen die erfolgreichsten Gebülfalte gezüchtet werden, ist bisher von niemandem bestritten worden, auch nicht vom Zentrum.

Der Vorgang hat mehr als lokale Bedeutung; er wirkt ein grelles Licht auf die Informationen, die der Mann empfängt, von dessen Wort unter Umständen das Leben und das Glück Hunderttausender abhängen.

Es war nur ein Zufall, daß dies hier so krass hervor trat. Der Zufall, daß ein patriotischer Agrarier, ein konservativer Mitglied des Bundes der Landwirte, persönlich so oft hergenommen wurde, hat endlich ein paar Münden geöffnet und die Wahrheit aussprechen lassen. Sonst blieb es still. Die Erfolge der Cadiner Landwirtschaft hat Wilhelm II. nicht zum ersten Male gelobt, ohne daß jenes Echo ertönte, das sich jetzt bemerkbar macht.

Wie oft aber mag die Wahrheit aus der Umgebung des Kaisers schon mit verschiedenen Behauptungen hinausgeschmissen sein, als in diesem Falle? Wie viele der heftigen kaiserlichen Reden über die "Vaterlandslosen Gesellen", die "Kotte von Menschen", die "Elenden" mögen ihren Ursprung in ähnlich genauen Mitteilungen haben, als sie dem Gutsbesitzer von Cadinen gemacht wurden? Wie oft mögen Gutsbeamten und Gutselender sich das Bild des Wilhelms II. erschleichen und ihm ein Bild vom Leben des Volkes und seinen Absichten entwerfen, wie das vom Bojen und den Erfolgen auf dem Gute Cadinen?

Mit Fleiß werden diese Informationen aufrecht erhalten. Bettfall und Geisterseit begreift die Rede Wilhelm II. im Landwirtschaftsrat. Keiner fühlt sich gedrungen, den Sprecher über seine Erfahrung aufzutischen. Da saß Herr Oldenburg-Janusjau, der Freund seines Königs und gute Bekannte des Herrn Sohst, denn es wirtschaftlich nicht schwer fallen sollten. Er nahm nach Wilhelm II. das Wort — aber nicht zu einem einzigen

Satz des Schutzes für den zu Unrecht schwer angegriffenen Vächter. Da saßen Landwirte ohne Zahl, die doch auch was verstanden vom Bettwirfer Roggen und vom Fettgehalt der Milch! Keiner rührte sich! Ober doch: Bettfall und Geisterseit wollten sie den zwar temperamentvollen, aber unrichtigen Behauptungen! Die Pflicht der Wahrheit gegen den Monarchen zu erfüllen drängte es anscheinend nicht einen!

"Das ist das Unglück der Könige, daß man ihnen die Wahrheit nicht sagt", so bartiert ein Berliner bürgerliches Blatt das bekannte Jakob'sche Wort. Wir können dabei nicht stehen bleiben. Der unbegrenzte Einfluß, den das monarchische System einem einzelnen Manne Lebenslanglich sichert, muß solche schwere Fehler zur Folge haben. Muß sie zur Folge haben schon in den einfachen Fragen einer begrenzten Verwaltung, wie viel weniger in den tausendfach verschlungenen Fragen eines modernen Staatswesens, das eben niemals von einem Einzelnen, sondern nur von der Gesamtheit der Tüchtigsten und Besten richtig beurteilt und beeinflußt werden kann.

Die "Deutsche Tageszeitung", die bisher die Angelegenheit so gut zu verstecken wußte, schreibt am Mittwoch: "Die offensichtlich falsche Unterrichtung des Kaisers über die Ergebnisse des Wirtschaftsbetriebes der kaiserlichen Guissherrschaft Cadinen hat auch beim Kaiserfeind großes Unwillen verursachen. Dem Monarchen wurde über die verschiedenen Versammlungen westpreußischer Landwirte Bericht erstattet, die sich mit ihren Aussführungen im Deutschen Landwirtschaftsrat beschäftigten und diese zum großen Teile als verdeckt bezeichneten. Der Monarch sprach seinem Besitzer darüber aus, daß die Gutsverwaltung ihn falsch unterrichtet haben könnte, und erließ den Befehl, die von den Landwirten aufgestellten Behauptungen zu prüfen und ihm von dem Ergebnis Mitteilung zu machen. Auch über die Klageangelegenheit gegen den Vächter Sohst will der Kaiser eingehender als bisher informiert werden."

Daß Wilhelm II. nicht besonders vergnügt sein würde, wenn er hörte, wie er betrogen worden ist, war zu vermuten. Die Entblößung einer unrichtigen Information in dieser Sache schüßt selber nicht vor den hundert Versuchen ähnlicher Art auf politischen Gebieten.

Der Balkankrieg.

Von Berliner maßgebender Seite wird zu der Meldung der "Reichspost" bemerkt, daß eine Verständigung Österreichs mit Russland über die beiderseitige Aufhebung bzw. Einschränkung der besonderen militärischen Vorlebungen an der galizischen Grenze, an sich nicht ausgeschlossen ist, derzeit aber darüber noch nichts ist.

Die Meldung, daß voraussichtlich Deutschland und Russland von den Großmächten mit einer Regelung des bulgarisch-rumänischen Streites beauftragt werden würden, wird an unterrichteter Stelle als unzutreffend bezeichnet. Einstweilen steht bisher zu erwarten, daß zunächst die Gesamtheit der Großmächte in der Angelegenheit intervenieren werde, wenn auch die Verhandlungen dem Wunsche der Beteiligten entsprechend nicht in London, sondern vermutlich in Petersburg geführt werden dürften. Sollten einzelne Mächte mit Verhandlungen oder einem Schiedsspruch beauftragt werden, so läme, wie es heißt, neben Russland ansässige Deutschlands eher noch Italien in Frage.

Österreicher Stimmen für den Krieg.

Konstantinopel, 26. Februar. Der "Tatn" widerlegt in einem Artikel, der anscheinend den Standpunkt des jugoslawischen Komitees widersetzt, ausführlich die Darstellungen, daß die Fortführung des Krieges unmöglich. "Wir nehmen", erklärt das Blatt, "den Krieg nicht nur für Adrianoval wieder auf, sondern auch für unsere nationale Ehre. Selbst wenn Adrianoval fällt werden wir die Waffen nicht niedergelegen." Die Bulgaren werden die Hauptstadt nicht bedrohen können. Der "Tatn" hält eine Intervention und einen Druck der Mächte für unmöglich. Das Blatt "Zasoriestir" sagt: "Wir werden niemals einem entziehenden Frieden zustimmen. Der Krieg muß mit großer Stärke durchgeführt werden. Trotz dieser Tendenz glaubt man in unterrichteten diplomatischen Kreisen, daß der Gedanke der Notwendigkeit des Friedens in den leitenden Kreisen täglich an Boden gewinne.

Der offizielle Kriegsbericht befaf, daß wegen des schlechten Wetters gestoppt die französischen Operationen ruhten. Der Gefechtszustand der Truppen ist beständig.

Der Kriegschauplatz.

Konstantinopel, 26. Februar. Die hellenischen Mächte melden, daß auf dem Kriegschauplatz auf der ganzen Linie ein vollkommen stillstand aller Kriegeroperationen eingetreten. Die Gri-

staltung der Feindseligkeiten ist besonders auf die strenge Kälte zurückzuführen. Die Nachtemperaturen sind bis auf 10 Grad unter Null zurückgegangen. Sämtliche Truppen, die sich im Felde befinden, leiden furchtbar unter der Kälte. Man hat für die Erdhöhlen angelegt, die mit Segeltuch überzogen sind. Trotzdem sind gerade unter den Truppen, die vor Tschaudisch stehend, zahlreiche Todesfälle vorgekommen.

kleine Nachrichten.

Paris, 26. Februar. Die "Liberte" will aus informierten russischen Kreisen wissen, daß die russische Regierung definitiv davon Abstand genommen hat, Montenegro in der Angelegenheit Skutaris zu unterstützen, dagegen sei sie damit einverstanden, daß Polen und Uessib an Serbien fallen.

Konstantinopel, 26. Februar. Wie der "Tatn" erfährt, dirigieren die Griechen gegenwärtig 4000 Mann von Saloniki über Karafuria und Skotia nach Janina.

Ein Hospitalchiff brachte gestern 450 verwundete und starke Soldaten aus Gallipoli und 80 verwundete Freiwillige aus der Tschaudischlinie hierher.

Politische Übersicht.

Thermometer auf 220!

Der Anfall des Militärfiebers, von dem die bewaffnete Regierung geschüttelt wird, zeigt jeden Tag neue, phantastische Temperaturen. Die 42 Grad, bei denen ein gewöhnlicher Patient stirbt, waren von Anfang an weit überschritten. Mit der Siebtemperatur von 100 begann dann plötzlich es auf 150, 180, und die neueste Meldung verzeichnet schon 200—220!

Zweihundert bis zweihundertzwanzig Millionen sollen die Kosten der neuen Militärvorlage betragen, wohlgemerkt ausschließlich der Forderungen für die Luftslotte, die sich wiederum auf etwa 20 Millionen belaufen. Und das ist nicht etwa die Tatarendacht eines obskuren Sensationsblattes, sondern die steifste Meldung einer offiziösen Korrespondenz, die von gut unterrichteten Berliner Zeitungen nachgebrückt und für wahr gehalten wird!

Vor zehn Monaten waren durch die Militärvorlage von 1912 angeblich alle Forderungen des Militarismus befriedigt. Ein paar Monate später hielt es noch, daß damals Bewilligte sei im allgemeinen ausreichend, nur der Ausbau der Luftslotte erfordere neue Mittel. Noch vor ein paar Tagen hielt man die Summe von 150 Millionen für übertrieben. Seitdem aber hat man im Kriegsministerium entdeckt, daß man noch 50 bis 70 Millionen mehr braucht, als nach den allerschlimmsten Befürchtungen angenommen worden war. Nun heißt es, die Vorlage soll erst nach Ostern an den Reichstag gelangen, das Kriegsministerium hat also noch drei Wochen Zeit, neue Lücken der Rüstung ausfindig zu machen. Bis dahin können wir glücklich so weit sein, Hemd und Hose verloren zu müssen, um Schießpulpa und Gewehre zu kaufen.

Die übermalige Steigerung der Rüstungskosten ist die Antwort auf die Antwort der Franzosen, die gleichfalls nicht zurückbleiben wollen, sondern durch Bewilligung großer Geldmittel und Verlängerung der Dienstzeit ihre Streitkräfte verstärken wollen. Vielleicht beeilen sich nun wieder die Franzosen mit ihrer Doppel und legen zu den paar Hundert Millionen, die sie für ihr Heer benötigen wollen, noch einige Hundert Millionen zu. Es ist wie eine ins Sinnlose getriebene Versteigerung, eine Versteigerung der beiderseitigen wirtschaftlichen Nationalgüter; die Stämme reißen ins Schwindschiff, und immer wieder tönt der Hammer, immer wieder klingt höhnisch die Stimme des Auktionsators: "Gut erzielt, zum amelierten, zum... Wer bietet mehr?"

Spanischen reiht Herr Señor der Schatzkanzler in den Süddeutschen Hauptstädten herum, um wieder einmal für den armen, abgebrannten Fisch zu großen Reichstagswahlen zu schwingen. Es wird schwer genug sein, die Finanzminister, deren Konferenz vom 4. Januar resultlos ausgefallen ist, zu einem "patriotischen Entschluß" zu bewegen; wie es aber im Reichstag damit werden soll, darüber macht er sich einstellen mögl überzeugt noch keine Gedanken, und wenn, nur die allgemeinen. Um die Reichstagsmänner auf eine solche Sache zu bringen, bedarf es noch beiderseiter Meinung einer Partei amtiertische nauer. Ein Wahlkreis, und daß die bürgerlichen Wahlen diese Summe in patriotischer Begleichung aus den Taschen der Bevölkerung heranziehen werden, wird niemandem genug sein anzunehmen. Da man im August nicht mehr kann, kann neue indirekte Steuern benötigt

lann, wird man eine Schwundberechnung aufmachen, und es einstweilen bei einer Scheindbedingung bewenden lassen. Später, wenn sich diese Bedingung als zu kurz erweisen wird, kann es ja wieder mit einer neuen Finanzreform versucht werden, nach dem Muster der schwarz-blauen von 1909.

Mag das Volk niemals vergessen, daß es seine Leistungsfähigkeit bei den Faschingswahlen von 1907 zwei Jahre später an Bier und Tabak, Tee und Kaffee, Streichhölzern und Leuchtmitteln bezahlt hat. Die Beutemacher warten mit auf einen Augenblick der Schwäche und der Verwirrung, um auf neue plündern über seine Taschen herzufallen. Darum Kampf gegen die Militärvorlage, Kampf aber auch dafür, daß bei der Deckung neuer Fortberungen durch Besitzsteuern ehrliche und ganze Arbeit geleistet wird!

Das Submissionswesen.

Mittwoch war Schwerinstag. Der Reichstag, der im vorigen Jahr sich gar keine Zeit zur Beratung der Initiativvorschläge gelassen hatte, ist jetzt zu einer besseren Werbung zurückgekehrt. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf über das allgemeine Wahlrecht in den Einzelstaaten, der Zentrumsvortrag über das Fesuitengesetz und der nationalliberale Antrag in der heutigen Sitzung wird in knappe von drei Wochen verhandelt werden.

Die Nationalliberalen haben in ihrem Antrage die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Regelung des Submissionswesens gefordert. Die Diskussion, die schließlich die Überweisung des Entwurfs an eine Spezialkommission ergab, ging naturgemäß hier und da über den eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung hinaus. Es war, wie man hatte erwarten können, eine allgemeine Mittelstandsdebatte um die Frage des Submissionswesens.

Unser Genosse Hüttermann entwickelte in sehr witsamen Ausführungen die Stellungnahme der Sozialdemokratie, die an der Regelung des Submissionswesens mitarbeitet, ohne den Kinderglauben zu haben oder erneut zu wollen, daß damit dem Handwerk der goldene Boden wiedergewonnen werden könnte.

Nach Erledigung des Antrages in erster Lesung wurden mehrere Petitionen behandelt. Eine größere Debatte entstand nur bei der Petition wegen Wiederholung des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschafts-Genossenschaften. Genosse Feuerstein wandte sich vor allem gegen die Verschlechterung des Genossenschaftsrechts zu Ungunsten der Konsumvereine, wie sie die Petenten vorschlagen. Bei der Abstimmung ergab sich die Beschlussfähigkeit des Hauses, sodaß berichtet werden mußte.

Reineke in Röten.

Mit Unbehagen seien die südländischen Parteien des Zentrums den Zeitpunkt herangetreten, an dem die neue Militärvorlage samt Defensionsvorlage dem Reichstag unterbreitet werden wird, und es heißen wird, klar und unzweideutig zu ihrer Stellung zu nehmen. Sie haben sich schon oft in schwierigsten Lagen befunden, und noch immer ist es ihrer eingeschworenen Geschicklichkeit gelungen, sich mit mehr oder weniger Unstand herauszuwinden. Diesmal turmen sich aber die Schwierigkeiten so vergeholt, daß sie nicht mehr wissen, was sie tun und was sie lassen sollen.

Ein Konflikt mit der Regierung und eine Auflösung des Reichstages verspricht Gewinn an eigener Popularität und eine Stärkung der Konkurrenz, sowie des rechten Flügels der Nationalliberalen. Für ein Zentrumsherz läßt sich ja wirtschaftlich auch kein erstklassiger Schauspiel denken, als daß der Liberalismus die vor einem Jahre so begeistert begrüßte sogenannte „Wahrheit der Linken“ lobt und der schwarz-blauen Mehrheit wieder in

den Saal verhilft. Auf der anderen Seite aber droht dem Zentrum aus einem neuen Konflikt nicht nur vollständige Isolierung bei den Wahlen, sondern auch der Verlust aller jener Positionen, die es sich zum Vorteil für seine „nationale“ und „staatsverhaltende“ Haltung errungen hat, droht vor allem als schmerzhafte Folge der Sturz des klerikalen Ministeriums Herlitz in Bayern, dieses Sturzes und verhängten Schockindes der schwarzen Partei.

Die bedrohte Münchener Regierung gibt sich denn auch keine Mühe, ihre Angst vor solcher Entwicklung zu verborgen. In ihrer „Bayerischen Staatszeitung“ richtet sie in Form einer Attacke auf die Sozialdemokratie einen Appell an ihre eigenen Freunde, von deren Haltung bei der Militärvorlage die Zukunft ihrer Ministerherrschaft abhängt. Zum Schein immer nur gegen die Sozialdemokratie gerichtet, schreibt sie:

Eine bedauerliche Erscheinung ist es, daß das deutsche Volk sich vollkommen hat daran gewöhnen müssen, in seinen Berechnungen, die es für die Erhaltung und Stärkung seiner Wehrfähigkeit aussieht, die Sozialdemokratie als negativen Größe einzusehen. Es ist ja jeder Mann sich klar darüber, daß sein wie immer geäußerter Appell in stande sein wird, den Sinn dieser Partei zu ändern. Was aber not tut, ist, bürgerliche Kreise darauf hinzuweisen... Niemand könnte den bürgerlichen Kreisen Deutschlands in ähnlicher drohender Weise das wahre Wesen dieser Partei darlegen, als sie es selber jedesmal tut, wenn sie, den Hohn kaum verborgend, dem Schutz der Lebensinteressen des Reiches ihre Mitwirkung versagt.

So lange der Freiherr von Herlitz noch nicht Ministerpräsident, sondern klerikaler Reichstagsabgeordneter war, hat er sich nicht darüber beklagt, daß das Zentrum in seinen Berechnungen gewisser Abstimmungen von vornherein die Sozialdemokratie als negative Größe einzusehen sonnte. Auch jetzt noch wird dieser aus taktischen Gründen bedauerliche, aber nun einmal nicht abänderliche Zustand von der Zentrumspartei des Reichstages als grobe Unmöglichkeit empfunden. Das merkt man besonders deutlich dann, wenn sich die Berechnungen der schwarzen Kärtner in dem einen oder dem anderen Falle als nicht ganz richtig herausstellen. Dann kann man den Ingriß und die Enttäuschung über die angeblich „prinzipiellwidrige“ Haltung der Sozialdemokratie den Herren von den Gesichtern ablesen.

So hat sich das Zentrum zum Beispiel eingebildet, die Sozialdemokratie müsse sich wegen ihrer Militärgegnerschaft aller positiven Mitarbeit bei der Lösung der Defensionsfrage enthalten, und sie könnte aus dem Petroleummonopol gegenüber keine andere als eine grundätzlich negierende Haltung einnehmen. Da aber die Sozialdemokratie keine Neigung zeigt, die bestreitenden Klasse für den Fall, daß die Militärvorlage dennoch angenommen würde, vor einer furchtigen Bestrafung zu verschonen, und da sie sich ferner, unbestimmt um die taktischen Bedürfnisse des Zentrums, bemüht zeigt, die Petroleumfrage einer nützlichen Lösung zuzuführen, fühlt sich das Zentrum betrogen und verläuft und ergiebt seinen Zorn in Artikel der schwarzen Provinz, in denen die Sozialdemokratie blöder Weise als militärisch und regierungsfreundlich dargestellt wird.

Während nur die kleine Zentrumspresse ihren Lesern solche alberne Märchen ausschwärzt, fühlt sich das bayernische Herlitz-Mosseorgan bemüßigt, die Sache am ungefehlten Ende anzufassen, und die „bürgerlichen Kreise“ darauf hinzuweisen, daß diese — angeblich militärisch und regierungsfreundliche — Partei, „dem Schutz der Lebensinteressen des Reiches“ die Mitwirkung versagt. Weil die bürgerlichen Kreise durch solchen Hinweis in ihrer Stellung zur Militärvorlage erzieherisch beeinflußt werden sollen, ist ohne weiteres klar. Es sind jene Kreise, die in den „Historisch-politischen Blättern“ schreiben:

Eine Entscheidung hochpolitischer Art fällt bei der nächsten Sitzung; das Schauspiel der glatten Wahrheit vom Mai 1912 wiederholt sich wieder. Die Regierung hat das Vertrauen des Volkes verloren; man kann nicht jedes Jahr, so oft Übereinkünfte sind, mit einer neuen Militärvorlage kommen; so wird Sache zum Sport, der Kriegsminister und der Reichstag dagegen tragen müssen; die Aussichten nach einem großen Krieg kommen; die Aussichten nach einem Frieden sind nicht allzu groß.

Der kundige Graf Oppersdorff will freilich in seinem antiklerikalen Zeitung „Wahrheit und Klarheit“ die drohenden Worte nicht als tragisch nehmen. Er meint Herr Julius Bachem und die Augustinusprese wünschen doch dafür sorgen, daß sich über die Militärvorlage die Gemüter nicht erhöhen und daß es zu keinem „großen Krieg“ kommt:

„Es fällt dem Kölner Figaro auch nicht im Traume ein, der Regierung gegenüber die „letzte Konsequenz“ zu ziehen und einen Konflikt mit dem Reichskanzler herbeizuführen. Freyberger wurde bald — und wie! — zurückgepfiffen, als die Oppositionslust in ihm erwachte und er sich zum Eidlaßschreiber auf den Staatssekretär der Marine ansiedelte. Julius Bachem weiß ein gutes Einvernehmen mit der gegenwärtigen Regierung viel zu hoch einzuschätzen.“

Aber was dem „Kölner Figaro“ nicht im Traume einfällt, das rautet dem Münchener Ministerpräsidenten den Schlaf der Nächte: die Furcht vor einem „großen Krieg“ bei dem neben anderen schönen Dingen auch das Ministerium Herlitz in die Versenkung verschwinden könnte.

Menschenvernichtung in Ostafrika.

Die Debatte über Ostafrika wurde in der Mittwochssitzung der Budgetkommission des Reichstages fortgesetzt.

Genosse Rosse erläuterte, so wie bisher Ihnen in Ostafrika nicht weiter gewissheit und gehaft werden. Ganze Bezirke sind bereits entvölkert worden durch die Arbeiteransiedlung. Der Staatssekretär habe bei seiner Unwissenheit in Ostafrika die Bestrebungen der Farmer auf Verschließung der Eingeborenen geradezu unterstützt. — Abg. Freyberger unterstützt diese Darlegungen. Es sei einfach furchtbar, wie die eingeborene Bevölkerung ruiniert werde. In vielen Bezirken seien ziemlich alle farbigen Frauen syphilitisch, auf etwa zwanzig Frauen komme nur ein Kind! In den letzten 25 Jahren sind in Ostafrika 150 Strafexpeditionen ausgeführt worden, wobei nicht weniger als 150.000 Männer erschossen worden sind: Bei einem solchen System gehe die Bevölkerung rapid zurück, die Kolonien müssen dann an Bevölkerungsmanöver zugrunde gehen. An der Küste ist die Syphilis in graden unheimlicher Weise verbreitet, ebenso auch die Prostitution unter den schwarzen Frauen. Zur Bekämpfung dieser Seuche wird aber, wie Genosse Süderholm konstatierte, sehr wenig getan. Staatssekretär Solf betont, die Regierung wolle eine solche Eingeborenenpolitik, daß den Schwarzen auch wirklich der Segen der Zivilisation zuteilt wird. Gegen jeden Arbeitszwang werde er immer sein, aber den Weißen könne nicht verboten werden; Plantagenbau zu betreiben. — Unsere Genossen brachten eine Resolution ein, die die Aushebung des vom Bezirkssoldaten von Dar es Salaam eingerichteten Arbeitsmarktes fordert, ferner, daß ähnliche Unternehmen auch anderwärts nicht gebündelt werden dürfen. — Für den Zwang der Arbeit steht Abg. Paasche ein. Die Neger seien wie Kinder und müssen erzogen werden. Ohne Zwang zur Arbeit komme man in den Kolonien nicht weiter. Die Negerbedeutung an der Küste sei ein „deliquescent, faul und verlottertes Volk“, das schamlos angesehen werden müsse, ebenso auch das „Gestüdt“, das aus Indien in die deutschen Kolonien komme. — Diesen Ausführungen widersprach Genosse Rosse unter Hinweis auf die für die Eingeborenen ungemein traurigen Zustände in Ostafrika, die dringend der Abhilfe bedürfen, sollte nicht ein großer Teil der Bevölkerung hingeopfert werden.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schallier.

(Nachdruck verboten.)

Dagmar aber kam am nächsten Tage wieder, schwamm hin und schwamm zurück und sjöte die anwesenden Damen ganz zu bemerken. In jedem neuen Badeamt sah man Dagmar die Rolle zur Badewand hinausstreifen, immer so fein und geschmeidig angezogen wie am ersten Tage. Was sollte man davon nun wohl tun? In den Städten ließen die jüdischen Geschäfte um, Geschäfte, die sie fast zu einer Art von Heldin machten; sie hielt sich, was man anerkannte, von den anderen Damen fern, und Abel Halvorsen Neugierde war bekannt und unangenehm geworden. Wenn man nur erfahren könnte, woher sie diese ungewöhnliche Sicherheit bezogen hätte.

Ein Konflikt mit der Regierung und eine Auflösung des Reichstages verspricht Gewinn an eigener Popularität und eine Stärkung der Konkurrenz, sowie des rechten Flügels der Nationalliberalen. Für ein Zentrumsherz läßt sich ja wirtschaftlich auch kein erstklassiger Schauspiel denken, als daß der Liberalismus die vor einem Jahre so begeistert begrüßte sogenannte „Wahrheit der Linken“ lobt und der schwarz-blauen Mehrheit wieder in

den Händen und nun ließ er bloßlich einen langen und vielfältigen Blick erlösen. Er kannte das Hotel, er kannte den Kellner, er kannte Dagmar und konnte den verfummelten Herrschäften die bündige Versicherung geben, daß bei diesem hübschen Mädchen absolut nichts zu wollen sei. Alle sahen sie nach ihr ausgewichen, aber auch nicht einer habe auch nur das mindeste bei ihr erreicht. Leiderweise sei es ein sehr solides und unbestimmt um die taktischen Bedürfnisse des Zentrums, bemüht zeigt, die Petroleumfrage einer nützlichen Lösung zuzuführen, fühlt sich das Zentrum betrogen und verläuft und ergiebt seinen Zorn in Artikel der schwarzen Provinz, in denen die Sozialdemokratie blöder Weise als militärisch und regierungsfreundlich dargestellt wird.

Während nur die kleine Zentrumspresse ihren Lesern solche alberne Märchen ausschwärzt, fühlt sich das bayernische Herlitz-Mosseorgan bemüßigt, die Sache am ungefehlten Ende anzufassen, und die „bürgerlichen Kreise“ darauf hinzuweisen, daß diese — angeblich militärisch und regierungsfreundliche — Partei, „dem Schutz der Lebensinteressen des Reiches“ die Mitwirkung versagt. Weil die bürgerlichen Kreise durch solchen Hinweis in ihrer Stellung zur Militärvorlage erzieherisch beeinflußt werden sollen, ist ohne weiteres klar. Es sind jene Kreise, die in den „Historisch-politischen Blättern“ schreiben:

Man entgegengebracht hat, eine völlig neue Wendung zu nehmen. Die Hoffnung auf idyllische Viehabenteuer hatte man aufgegeben; dafür war sie nun über ein Menschenkind geworden, mit dem man sich sehr gut auf offener Straße sehen lassen konnte. Unter den jungen Handlungsbildern begann ein förmlicher Wettkampf und Dagmar sah sich bald von Kavalieren umringt, die sie auf Segelpartien und Ausflügen mitzunehmen gesuchten. Die Herren, die eine gesellschaftliche Stellung zu verlieren hatten, hielten sich freilich fern, es waren aber doch anständige Leute, mit denen Dagmar nun die blaue Offiziere und die schönen Umgebungen zu genießen begann. Bei diesen Partien zeigte es sich übrigens, daß sie durchaus nicht ohne Selbstbewußtsein war. Die jungen Elemente erhielten schlankweg einen Korb; sie ließ als Begleiter nur solche Herren zu, die entweder ihrem Alter nach oder durch andere Umstände eine mehr als gewöhnliche Position inne hielten. Damit aber war die Freude zu den Herren aus der oberen Schicht auch gekommen. Es erzeugte wohl ein gewisses Aufsehen, als der Bahnarzt und der Referendar Westhal eines schönen Tages mit ihr in See stachen, etwas Greifbares aber fand niemand dagegen einzuholen, und in den mittleren und unteren Schichten heftete sogar ein gewisses Gefühl der Beschiedigung; der Bahnarzt und der Referendar waren durch ihr Eintreten für Dagmar längst zu populären und vielgenannten Persönlichkeiten geworden. Es war schließlich nur in der Ordnung, daß sie auch in dieser Frage die Führung ergriffen. Als später der Professor der Evangelischtheologie den gleichen Schritt unternahm, wurde gar keine Erinnerung mehr gemacht. Im Gegenteil: er konnte sich freuen, daß er in der Gesellschaft Dagmars wellen durfte. Dagmar aber war für die Handlungsbildchen fortan überhaupt nicht mehr zu entgegengebracht.

In einer sonnigen Mittagsstunde, als sie von ihrem gebliebenen Bade zurückkehrte, kam ihr unten auf der Schiffsbordwand Abel Halvorsen entgegen. Abel grüßte höflich und fast respektvoll. Sie lächelte in einem sehr eleganten Sommerkleid und Abel war ebenfalls genug, um der soziantenden Erziehungsbildung ein Esel. Dagmar lächelte wieder, als alle drei Töchter des Vandals zusammengekommen. Dagmar hatte er nun zwar von dem alten Konservatist unter vier Augen einen kollegialen Vertrag erhalten; aber auch dieser alte Herr meinte schließlich, nur wenn man so über das Mobiliar der des jungen Mädchens läuft, kann man sie kaufen. Ein allgemeiner Jugendstil war der Bewohner des Südbalkans. Dagmar ergriffen. Ein ungeahnter Drang hatte aufgetreten: aus dem Hause Envelbrecht war die Jugend herauströmig. Man sah die dieses Mädchens eigentlich nicht, weil sie unter so schwierigen Verhältnissen den Steppen geblieben waren. Drischat pflegte der Schwarz zu sagen, wenn jemand diese Theorie vertrete.

Rudolph Dagmar ganz auf in einem hinter der Welt konnte ihm den Rücken zuwenden und hatte sich auf die Schulter gestellt. Begann das Gut zu sein, das man ihr von Anfang

(Fortsetzung folgt.)

Die Einnahmen des Reiches.

Im den verflossenen zehn Monaten des Staates 1912 seien die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren 185 Millionen Mark betrugen. Der Überschuss gegenüber dem Staatsanfall beläuft sich auf rund 50 Millionen Mark. Die Zölle haben einen Mehrertrag von 87,8 Millionen Mark ergeben, die Zigarettensteuer 4 Millionen, die Zuckersteuer 2,8 Millionen, die Essigsäureverbrauchabgabe 1,1 Millionen, die Beuchmittelleiter 2,8 Millionen, die Bündwarensteuer 2,1 Millionen, die Brausesteuer 8,9 Millionen, der Spielkartenstempel 0,1 Millionen, die Wechselseitstempelsteuer 2,2, die Börsesteuer 4,5, der Frachtkundstempel 1,1, die Personensachkartensteuer 1,2, die Kraftfahrzeugsteuer 1,6, die Tannensteuer 0,2, der Schuhstempel 0,1, die Zuwachssteuer 1,3 und die Statistische Gebühr 0,7 Millionen Mark. Diesem Überschuss von zusammen 64,4 Millionen Mark steht ein Fehlbetrag von 14,4 Millionen Mark gegenüber, der sich verteilt auf die Tabaksteuer mit 1,1 Millionen, Salzsteuer mit 2,2, Branntweinverbrauchsabgabe mit 5,4, Biersteuer mit 1,1, Grundstücksübertragungsstempel mit 2,2 und Erbschaftssteuer mit 8,4 Millionen Mark.

Nach diesem Ergebnis wird mit einem Überschuss für das ganze Staatsjahr von 60 Millionen Mark gerechnet. Die "Verlinn Politischen Nachrichten" benennen dazu vorlängig ab:

"Wie sich allerdings der Reinknappschuss für das laufende Rechnungsjahr gestalten wird, hängt nicht bloß von den Einnahmen, sondern auch von den Ausgaben ab, und ob bei den letzteren sich ein Mehr gegenüber dem Staatsanfall und gegebenenfalls in welcher Höhe herausstellen wird, wird sich erst beim Endabrechnung der Reichshauptkasse, der ja jetzt immer schon für den Juni oder Juli zu erwarten ist, herausstellen."

Aus das Ergebnis braucht man garnicht besonders gespannt zu sein, die Staatsanfälle der Ausgaben müssen genau überprüft werden, sodass auf einen wirklichen Überschuss kaum gerechnet werden kann.

Eine Hand wäscht die andere.

Der Reichsverband deutscher Städte, eine Organisation der Städte unter 250 000 Einwohnern, hat vor einiger Zeit unliebsames Aufsehen dadurch erregt, dass er eine Resolution an den Reichskanzler beschloss, worin die Bereitwilligkeit der kleinen und mittleren Städte, große finanzielle Opfer für die Befreiungskampagne der Armee zu bringen, erklärt wurde. Wie die "Deutsche Tageszeitung" nun zu erkennen gibt, ist der Vorstand des Reichsverbandes deutscher Städte zu seiner Resolution gekommen in der Erwartung, damit bei der Regierung Gegenlebe für den Wunsch zu finden, eine größere Anzahl kleiner Garnisonen zu errichten. Das agrarische Volk unterstützt dieses Verlangen natürlich, insbesondere mit dem Hinweis darauf, dass die Mehrzahl der Rekruten vom Lande geliefert werden und dass die Soldaten in den Großstädten Getrieben in städtischer und religiöser Hinsicht eingesetzt seien. Wenn der Reichsverband deutscher Städte wirklich glaubt, für die von ihm erklärte Bereitwilligkeit, zu der ihm niemand autorisiert hatte, Warnungen für kleine Städte herauszuschlagen, so direkt er sich gefälscht haben, denn das Streben der Heeresverwaltung geht immer mehr darauf hinaus, die Truppenkörper so viel als möglich zusammen zu legen. Der Kriegsminister wird sonach voraussichtlich umsonst gewesen sein, und Sache der Einwohnerchaft der Städte, die von den bewilligungslustigen Bürgermeistern "regiert" werden, wird es sein, mit den Herren eründlich Abrechnung zu halten.

Der Kampf um den rechtmäßigen Abgeordneten. Der Wahlkommissar im Schwaz proklamierte im Januar 1912 zum Reichstagsabgeordneten den konservativen Landrat v. Halem. Um dieses Mandat ist ein erbitterter Kampf entbrannt. Bei der Wahlwahl erhielten der Vole v. Sash-Jaworski 847 Stimmen, Landrat v. Halem 807 Stimmen, auf den sozialdemokratischen Abgeordneten entfielen 161 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann Landrat v. Halem mit 808 gegen 809 Stimmen, die auf Sash-Jaworski entfielen. Diese Stichwahl durfte nicht anberaumt werden, denn tatsächlich war im ersten Wahlgang der Vole v. Sash-Jaworski gewählt. Es steht aber außerdem fest, dass eine Menge politischer Stimmen für ungültig erklärt wurden, weil der Name des politisch Kandidaten statt mit einem B mit einem einfachen S geschrieben war! Die Wahl des Abgeordneten v. Halem wurde von der Wahlprüfungskommission einstimmig für ungültig erklärt, weil nicht er, sondern Herr v. Sash-Jaworski als wahlberechtigter Abgeordneter proklamiert werden musste. Als dieses Resultat bekannt wurde, schrieb Herr von Sash-Jaworski dem Wahlkommissar, dass er die auf ihn entfallene Wahl annulliere; es fand eine Nachwahl statt, in der dann v. Halem gewählt wurde. Der Kreis hätte sonst zwei Abgeordneten! Die Polen haben nun gegen die Nachwahl Protest erhoben, mit der Begründung, dass diese Nachwahl genau so zu Unrecht anberaumt worden ist wie die Stichwahl im Januar 1912. Der Reichstag hätte die Einsetzung des Herrn v. Sash-Jaworski fordern müssen. Hieran knüpfte sich in der Wahlprüfungskommission eine lange staatsrechtliche Debatte, die noch nicht zu Ende geführt werden konnte.

Das Patengeschenk des weimarschen Landtags sollte nach Ansicht der bürgerlichen Abgeordneten möglichst einstimmig bewilligt werden. Man gab sich redliche Mühe, dies zu erreichen. Der Ausschuss wollte auch unseren Genossen die Zustimmung besonders mündgerecht machen und beschloss, dass die 100 000 Mk zu nächst bezeichneten wohlthätigen Zwecken Verwendung finden sollen. Unsere Genossen gaben jedoch eine bindende Erklärung ab, in der es u. a. hieß: "In diesem Falle aber werden wir auch aus Grunde der Vorlage des Landtagsvorstandes nicht stimmen, weil die Tendenz der Vorlage, eine 'Grenzgabe' dem Großherzog anlässlich der Laufe des Erbgroßherzogs als 'Patengeschenk' zur Verstellung zu stellen, unfeinen Anschauungen widerspricht. Auch in der Tatssache, dass die großherzogliche Familie von ihren reichlichen Mitteln, die unseres Reichs durch veraltete Bestimmungen und Verkommen zu einem großen Teile beim Lande eingezogen werden, zu Wohlfahrts- und ähnlichen Zwecken größere Summen spendet, erblicken wir für den Landtag keine Verpflichtung zu einer Grenzgabe als Patengeschenk." Dieser Sinnes auf die 100 000 Mk, die der Großherzog unter dem Namen "Todesrente" vom Lande erhält, führt zu einer Enttäuschung, und am Ende stimmen die bürgerlichen Abgeordneten geschlossen für die Grenzgabe als Patengeschenk.

Kriegeroffiziere als Versammlungsbefreier. Vor dem Kriegsgericht bei 25. Februar standen am Dienstag, wie uns aus Freiburg (Wels) auf berichtet wird, ein Unteroffizier und ein Sergeant vom Infanterieregiment Nr. 118 unter der Anklage, eine sozialdemokratische Versammlung belästigt zu haben. Es handelte sich um die im November v. J. in Freiburg stattgefunden Protestversammlung gegen die Kriegsfürche, in der die Genossen Winau-Wien und Grumbach-Barde sprachen. Die beiden Unteroffiziere waren in Uniform in der Versammlung erschienen. Unteroffizier v. erhielt vier Wochen Mittelpatzen, Sergeant M. wurde freigesprochen, weil das Gericht seiner Aussage Glauben schenkte, nicht gewusst zu haben, dass er sich in einer sozialdemokratischen Versammlung befände.

Noch eine unglückliche Reichstagswahl. Das Mandat des konserativen Reichstagsabgeordneten Voldan v. Kröder im Wahlkreis Salzgitter-Badelen wurde am Mittwoch von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt. Herr v. Kröder mag sich dafür bei dem Teile des Wahlvotums seines Kreises bedanken, die in ihrem Eifer einen Wahlaufruhr unter besonderer Dertorhebung ihres Amtesmeisters Herrn v. Kröder unterzeichnet hatten.

Die Wehrmacht will den Siegesschrei der Siegesparade verhindern. Bei der diesjährigen Siegesparade verzögerte Freiherr

von Wangenheim in seiner Ansprache, die Fleischsteuerung wegzuwenden, indem er erklärte, wonit gäbe es eine Fleischsteuerung, nicht aber eine Fleischnot; denn der Rückgang der Anzahl der Schweine sei durch ein größeres Gewicht der einzelnen Tiere zum großen Teile ausgeglichen.

Gegen die Gehäuplungen wendet sich der Meister der Fleischherstellung von Berlin in einem offenen Briefe an Freiherrn von Wangenheim, in dem festgestellt wird, "dass das Gewicht der Schweine ganz bedeutend vor steigenden ist." — Die "Deutsche Tageszeitung" sucht diese Feststellung sidiig zu umgehen, was ihr aber nicht gelingt, denn die Zahlen beweisen!

Aufland.

Die französische Sozialdemokratie gegen die Kriegsrüstungen.

Der Kongress der sozialistischen Steinförderer, der am Sonntag im Pariser Vorort St. Denis tagt, beschloss auf Grund der Intervention von Ballant, Semba und Menau über eine große Agitation gegen die Rüstungen. Dienststelle wieder für alle Waffengattungen einzuführen. Es soll unverzüglich im ganzen Sektordepartement ein Aufruf an die Arbeiterschaft angeklungen werden, dessen Text vom Kongress selbst angenommen wurde. Darin werden die Arbeiter aufgefordert, sich aus allen Straßen den verbrecherischen Plänen der deutschen und französischen Chauvinisten zu widerersetzen:

"Zur wahren Rettung Frankreichs, für die Unabhängigkeit der Nationen, für die Weltfrieden fordern wir, im besten Einverständnis mit den deutschen Sozialisten: 1. Die französisch-deutsche Annexion. 2. Das internationale Schiedsgerichtsverfahren für alle Konflikte. 3. Die Nationalität zum Erfolg für die Arbeiterschaften. 4. Den privilegierten Klassen die Verpflichtung aufzuerlegen, durch eine Fleischsteuer die ungeheure militärischen Kosten, von denen das Volk erdrückt wird, zu bezahlen."

Zur Propaganda für diese Forderungen wird die Steinförderer von allen ihren Sektionen Versammlungen veranstalten.

Das Mandat der bürgerlichen Presse Frankreichs, die glaubte, durch die ungewöhnlichen Verleumdungen, die sie seit einiger Zeit gegen die deutsche Sozialdemokratie ausspielt, die französischen Sozialisten einzuschüchtern und von einem aktiven Kampf gegen die neuen Forderungen abzuhalten, ist also misslungen. Wie die deutschen, so sind auch die französischen Sozialisten dem Gesetz der Nationalisten zum Trotz entschlossen, nie bisher dem Militarismus in der energischsten Weise entgegenzutreten.

Die zweite Verurteilung wegen Übertretung des amerikanischen Antitrustgesetzes.

In diesen Tagen ist eine zweite Verurteilung wegen Übertretung des Antitrustgesetzes in Cincinnati erfolgt. Die erste Verurteilung traf den Terpenunternehmen, das seine Urteil richtet sich gegen den Registerkassentrust (National Cash Register Co.). Besonders bemerkenswert wird dieses Urteil dadurch, dass sich das Gericht nicht an die von gesetzlichen Juristen gegenseitige Interpretation hält, bei Übertretungen des Trustes kommt die Trusts nur mit ihrem Vermögen haftbar gemacht werden. Zum ersten Male wurde wegen Verstoßes auf Gütekriterien erkannt, und zwar wurden 29 Beamte der Registerkassen-Companie zu neun bis zwölf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Präsident und der Vizepräsident des Trusts erhielten jedoch ein Jahr Gefängnis neben Geldstrafen bis zu 20.000 Mark. Würden auch die anderen Gerichte das Gesetz so anwenden, die Trusts würden es vielleicht besser respektieren. Die gängige Wirkungslosigkeit des Gesetzes war, teilweise wenigstens, auf jene entgegenkommende Auslegung zurückzuführen. Vor fünf Jahren wurde z. B. der Düsseldorfer Röderfelder wegen vielfältiger Übertretung des Gesetzes in Chicago zu einer Geldstrafe von 29 Millionen Dollars verurteilt. Vor aller Welt verhöhnte er den Richter und seinen Urteilsspruch: Er (Modeller) werde lange geforcht, begraben und verwest, die Strafe aber noch nicht bezahlt sein. Von einer höheren Instanz wurde er dann auch freigesprochen.

Der verurteilte Registerkassentrust hat in Dayton, Ohio, ein riesiges Unternehmen — technisch wohl die besteuerte Fabrik der Welt, in der sie das System des "wohlthätigen Feudalismus" mit äußerster Konsequenz durchgeführt hat. In denselben "amerikanischen" Städten, in dem der Trust die Arbeiter aussteuert, reicht er gegen seine Konkurrenz vor; ein besonderes Deportement hat die Aufgabe, Menschen zu suchen, nach denen der Verlauf der Kassen der Konkurrenz zu hinterziehen ist. Er hat die Produkte anderer Fabriken massenhaft nachgeschlichen lassen und in den Deckeln gebraucht; diese Fabrikate waren natürlich nicht zu gebrauchen. Der Trust hat zum Schein Konkurrenzunternehmen gegründet, um unliebsame Firmen einzuschüchtern und zur Aufgabe der Produktion zu bewegen, kurz in vielen Hunderten von Fällen praktikant, die das Trustgesetz mit schweren Strafen bedroht. Dafür sind ihre Vertreter jetzt verurteilt worden, freilich mit der Verkündung des Urteils spätestens die Direktoren des wichtigen Trusts noch nicht wirklich ins Gefängnis, sie werden alle juristischen Spitzfindigkeiten anwenden, um das Urteil vor ein höheres Gericht zu bringen, um dort auch freigesprochen zu werden.

Von der französischen Militärbegeisterung. Aus Lyon wird gemeldet: Bei der Stellung von Militärschülern am Dienstag siehten die Generalstabsräte der Präfektur die Vorteile aneinander, die ihnen aus einem freiwilligen Eintreten in die Kavallerie für eine dreijährige Dienstzeit verdient würden. Von 200 Militärschülern meldeten sich trotzdem nur drei zum dreijährigen Dienst.

Wer beim Romanowjubiläum huldigt wird. Der Konsulat zur bevorstehenden Romanowfeier soll vor allem dem verschlungenen Altmetzger Kreischkoneko zuwenden, der bei dem Leinwandtheater viele hundert Arbeiter niederschlägt. Dem sprechend wird die ganze Untersuchung gegen die Romanowjubiläum eingestellt, durch die die Reichsbank und der Handelsminister stark kompromittiert worden waren. Volle Begnadigung wird auch dem Obersten Kuljajko zuteil werden, der zum Eröffnung des Altmetzger auf Stolzenbach, wo er seine beigebrachten hat. Ferner wird der Untersuchungsrichter Rybin, der die Akten der attenischen Revolutionäre aus Wien fälschte und dadurch viele Menschen ins Unglück stürzte, nie immer begnadigt. Gänzliche Entlastung, die den Staat um drei Milliarden kostet haben, werden in ihre Rechte wieder eingesetzt. Dem wegen des Zensuraffärs ungerecht behandelter Bopuchin wird die Strafe nur um einen Grad gemildert werden, die er nur für gewisse Zeit auf der Ansiedlung abzuzahlen hat.

Der Haushalt auf dem Schloss des Grafen Böck. Sind weitere Haushaltungen bei politischen Magnaten im Gouvernement Wolhynien gefolgt. Der Eingriff der Gendarmerie ist auf eine Delegation des rechtsoffiziellen Geistes, die den Grafen eine Zahlreichen Hochwaden und die Treiber zu militärischen Zwecken ausgebildet.

Die Uralen in Węgrz. Gute Hoffnung auf einen sozialen Frieden vorhanden. Die Zarigerei der Russland im Norden zu; im Süden

haben die Revolutionäre Jagdhaus in Brand gesteckt und geplündert; sogar ein Militärzug wurde von ihnen angegriffen.

Nach einem Telegramm aus Mexiko hat General Huerta Befehl ertheilt, dass die Worte des Präsidenten Diaz, die auf Befehl Madero aus den öffentlichen Gebäuden entfernt worden waren, an ihre alten Blätter zurückgebracht werden sollen. Die Verbindung mit den Vereinigten Staaten über Veracruz ist noch unsicher, da einige Brücken in der Nähe von St. Louis do Botos verbrannt sind. Die Linie zwischen der Hauptstadt und Veracruz ist nicht unterbrochen.

Japanisches Flugzeugwesen. Die japanische Regierung hat beschlossen, Flugwesen sowohl für professionelle als auch für private Flieger zu errichten. Die Familien verunglückter Flieger sollen regierungseitig unterstützt werden. Für fernfliegende Flieger hat die Regierung erhebliche Preise ausgesetzt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

An die Gewerkschaftskartelle Niederschlesiens!

Im Einverständnis mit der Generalkommission und den besonders in Frage kommenden Orten findet Sonntag, den 18. März, vormittags 10 Uhr, in Liegnitz, Gewerkschaftshaus, eine Konferenz der Kartelle, Arbeitssekretariate,

und der Vertreter beim Ober-Versicherungsamt (Beschlußkammer) Liegnitz statt.

Tagesordnung:

1. Wahlen der Arbeiter-Vertreter nach der N.V.D.
2. Die Aufgaben der Beisitzer bei den Versicherungsämtern.
3. Die Volksfürsorge.

Die Kartelle werden ersucht, die erforderlichen Delegationen zu veranlassen und dem Unterzeichneten davon Mitteilung zu machen.

Gewerkschaftskartell Liegnitz.
J. U.: G. Engel, Bauerstr. 104.

Ströbel. 27. Februar. Achtung, Volkswacht! Den Abonnenten von Ströbel und Quellau zur Nachricht, dass vom 1. März, ab einer Regelung der Polizei der "Volkswacht" erzielt. Die Polizei für Quellau übernimmt jetzt der Genossen Hermann Dietrich, die für Ströbel und Gorlitz der Genossen Julius Rohmel. Durch die Neugründung wird es in Zukunft möglich sein, dass die Volkswacht noch am selben Tage in allen Orten ausgetragen werden wird. Kartellgenossen, sorgt dafür, dass sich die Zahl der Volkswachtler stark vermehrt. Sodann ferner dafür, dass die bürgerlichen Bewohner aus den Wohnungen aller Arbeiter verschwinden. In der Wohnung jeden Arbeiters muss die Volkswacht zu finden sein, das muss die eifrigste Aufsicht eines jeden Kartellgenossen und Gewerkschaftlers sein. Bewohner nehmen die oben genannten Polizeiposten jederzeit entgegen.

Brleg. 27. Februar. Wegen Sittlichkeit verübt wurde der Arbeiter Gottlieb Glunschke aus Beilstein unter Verfaßung mildernder Umstände zu drei Jahren Achtbau und fünf Jahren Ehrenhaft am Dienstag vom hiesigen Schwurgericht verurteilt. Der 14. Mai vorbestrafte Glunschke hatte im Jahre 1912 an seiner fünfzehnjährigen Tochter Martha Tortek mit Gewalt unzügige Handlungen vor genommen. Mit dieser in der Absicht der Distanz stattgefunden Verhandlung erreichte die erste Schwurgerichtsperiode nach zweitägiger Dauer ihr Ende.

Posen. 27. Februar. Das alte Posener Rathaus an dessen Wiederherstellung man schon seit längerer Zeit arbeitet, wird im inneren Ausbau voraussichtlich am 1. April d. Js. fertiggestellt sein. Die Arbeiten an den Fassaden werden man im Laufe des Sommers zu beenden. Die für den Umbau bereilli, te zu Summe von 628 000 Mk. ist bis jetzt um 157 000 Mk. überschritten worden.

Bromberg. 27. Februar. Tot in ihrer Wohnung aufgefunden wurde der Arbeiter Gottlieb Glunschke aus Beilstein unter Verfaßung mildernder Umstände zu drei Jahren Achtbau und fünf Jahren Ehrenhaft am Dienstag vom hiesigen Schwurgericht verurteilt. Der 14. Mai vorbestrafte Glunschke hatte im Jahre 1912 an seiner fünfzehnjährigen Tochter Martha Tortek mit Gewalt unzügige Handlungen vor genommen. Mit dieser in der Absicht der Distanz stattgefunden Verhandlung erreichte die erste Schwurgerichtsperiode nach zweitägiger Dauer ihr Ende.



Commercial Agents: Georg A. Jasmin & Co., Dresden, Germany.
22. Karlsstr. 2. Tel. 10-10-10. Post Office Dresden.
The cigarette is made from the finest tobacco and has a strong, aromatic flavor.

Am 26. d. Mts. verstarb nach kursem, schwerem Leiden
meine liebe Frau, unsere Mutter, Schwester, und Schwägerin
Bertrud Wagner
im Alter von 29 Jahren 4 Monaten.
Beerdigung: Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle
Cosel. Trauerhaus: Bärenstrasse 42. 11024

Am 26. d. Mts. verschied nach langerem Leiden unser
Mitglied, die Zigarren-Sortiererin
Gertrud Wagner
im Alter von 29 Jahren 4 Monaten.

Eure ihrem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau (Land)-Neumarkt.
Beerdigung: Sonnabend, den 1. März, nachm. 3 Uhr von
der Leichenhalle des St. Paulus-Kirchhofes in Cosel.
Trauerhaus: Bärenstrasse 42. 11031

Am 26. d. M. verschied nach langerem Leiden unsere werte
Genossin
Gertrud Wagner

im Alter von 29 Jahren 4 Monaten.

Ein dauerndes Andenken werden ihr bewahren

**Die Genossen und Genossinnen des Distrikts Pöpelwitz des
Sozialdemokratischen Vereins Breslau (Land)-Neumarkt.**

Beerdigung: Sonnabend, den 1. März, nachm. 3 Uhr von
der Leichenhalle des St. Paulus-Kirchhofes in Cosel.
Trauerhaus: Bärenstrasse 42. 11032

Am 25. d. Mts. verschied unser Kollege, der Arbeiter
Karl Ambrosius

im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

**Die Mitglieder der Zählstelle Breslau des
Verbandes der Fabrikarbeiter.**

Beerdigung: Freitag, den 28. Februar, nachm. 3½ Uhr,
von der Leichenhalle des evangelischen Friedhofes in Cosel.
Trauerhaus: Promnitzstrasse 45/47. 11022

J 196/12,

- 20 -

65. In der Straße

gegen

1. den Steinarbeiter Ferdinand Grosser aus Gräben (Kreis
Striegau), geboren den 19. Juni 1865 zu Striegau, fälschlich,
2. den Steinmühler Hermann Mai aus Gräben (Kreis Striegau)
geboren den 4. Juli 1878 in Leibnitz (Kreis Striegau), freigesetzts,
denn Haufredenbruchs und Beleidigung, hat die 1. Koenig-
kammer des Königlichen Landgerichts in Schweidnitz, in der
Sitzung vom 16. Juli 1912 für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen öffentlicher Beleidigung
des Gemeindeschreibers Dierig in Neudorf sowie wegen Hauf-
redenbruches ein jeder zu einer Gesamtstrafe von zwei
Wochen Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt

Zum befehligen Gemeindeschreiber Dierig wird die Br-
üfigkeit zugedrohen, innerhalb zweier Wochen nach Zustellung
der Formel des rechtskräftigen Urteils an ihn auf Kosten der
Angeklagten folgende Verurteilungen:

Der Steinarbeiter Ferdinand Grosser aus Gräben und
der Steinmühler Hermann Mai aus Gräben sind wegen öffent-
licher Beleidigung des Gemeindeschreibers Dierig zu Neudorf
durch rechtskräftiges Urteil der Festenstrafkammer I des
Königlichen Landgerichts zu Schweidnitz vom 16. Juli 1912
ein jeder zu Gefängnisstrafen verurteilt.
je einmal in den zu Schweidnitz erscheinenden Zeitungen "Täg-
liche Rundschau" und "Mitteldeutscher Volksfreund" und in
der zu Breslau erscheinenden Zeitung "Volkswacht" bekannt
zu machen.

Ausgefertigt
Schweidnitz, den 11. Februar 1913.

(L. S.)

Der Gerichtsschreiber des Königl. Landgerichts.
(Unterschrift)

10625/2 Ich warne hiermit Jedermann, meiner Frau

im Leben etwas anderes wie Erdal zu verkaufen,
mir darf kein anderes Schönheitsmittel mehr ins Haus.

R. Lehmann, ein sparsamer Familienvater.

Rheumatismus, Gicht, Hexenschuss, Ischias.

SIE! Sollten Sie, sei es dauernd oder nur
von Zeit zu Zeit, leiden, so lade ich Sie
hiermit ein, diese Gelegenheit zu ergreifen und mir
zu schreiben. Ich bin bereit, Ihnen gratis und porto-
frei etwas zu senden, das Ihnen eine freudige Üb-
erraschung bereiten wird. Sie haben vielleicht schon
viel Geld für verschiedene Mittel ausgegeben und
bestensfalls nur eine vorübergehende Besserung erzielt.
Ich kann Ihnen auf Eure versichern, dass ich das
rechte Mittel besitze, die Ursache von Rheumatismus,
Gicht (Podagra, Chilagra) usw. aus Ihrem Körper zu
entfernen. Es wirkt auch gegen Leiden, die durch
die Fortpflanzung von Hexenkrebs im Körper ver-
ursacht werden, wie Herzaffektionen, Lähmungen,
Schwellungen, Magenschwäche usw. Ich werde tig-
lich von Dankes- und Lobbriefen überschwemmt
von Kunden, die Jahrzehnt gelaufen haben, ohne eine
dauernde Besserung zu finden, bis sie sich an mich
wenden.

Proben Sie selber die Wahrheit meiner Be-
hauptung. Es kostet Sie nur eine Postkarte. Ich
sende Ihnen zum Versuch ein wertvolles Buch und
die wirklichen Mittel vollständig gratis. Wenn
Sie nicht sofort schreiben können, so beschreibe Sie doch wenigstens die
Anschrift auf; Sie kann Ihnen viel
leicht auch nach dem Leben rotieren.

Gratis!

Großherzoglich-Braunschweigischer A. L. L.
Büro: 50, 52, 54, 56, 58. 11028

Verband d. Sattler u. Portefeuillier.
Sonnabend, d. 1. März abends 7/8 Uhr,
im "Grünen Berger", Käfertorstraße.
Mitgl.-Versammlung
Dagesordnung: 1. Die Organisation
der "Volkswacht". 2. Abrechnung vom
Festenball und Wahl der Vergnügungs-
kommission, 3. Beleidnetes. 1100;
Bahlreiches Ereignis erwartet
Die Ortsverwaltung.

Stadt-Theater

Donnerstag 7/8 Uhr:
"Cannuhäuser".
Freitag 7/8 Uhr:
Aum 2. Mal:
"Monna Vanna".
Sonnabend 7/8 Uhr:
"Geschätzte Dörndlreise".
"Der Wildschütz".

Lobe-Theater

Donnerstag 7/8 Uhr: 10888
"Das kleine Café".
Freitag 7/8 Uhr:
"Der gesuchende Fratz".
Sonnabend 7/8 Uhr:
Aum 1. Mal:
"Die Golden-Quaren".
"Der Sommerläufer".

Tivoli-Theater

Freitag: Humboldt-Verein.
Abonnement-Vorstellung Seide Karton.
"Das Heere und der See Wellen". 10889
Samstag 7/8 Uhr:
"Die Ehre".
Büttelerbau Hirsch und Sonnabend
von 10—2 Uhr im Stadt- und Tivoli-
Theater.

Schauspielhaus

Donnerstag 8 Uhr: 10885
"Die Marine-Gäste".
Freitag 8 Uhr:
"Der liebe Augustin".
Sonnabend 8 Uhr:
Aum 1. Mal:
"Der Frechling".

Circus Busch.

Schles. Jubiläumsfestspiele
Leitung Dr. Georg Eggers [10902
Dreitags abends 8 Uhr:
Abchiedsvorstellung
"Das Volk steht auf."
Deutschlands Erstaubspiel v. Dr. Ernst

Lieblich's Etablissement

Vorletzter Tag:
Das brillante Februar-Programm.
Anfang 8 Uhr. [10865

Viktoria-Theater. Große Rosinen.

Anfang 8 Uhr.
Samstag 2 Vorstellungen.
Rathaus 3. bei Kaufverbot zu
ermäßigen Preisen. 10571

Zeltgarten.

freitag, den 28. Februar:
Montag 4 Uhr:
Grosse 10859

Kinder-Vorstellung

Abschied
der Liliputaner
Gäste 25, 50 und 75 Sil.
Abendvorstellung
Beginn: 8 Uhr.

Palmengarten

2 Rupellen 2
Gäste frei.
Morgen Freitag:
Letzte

Bodfest

mit 11033
Prämierung

der
2 dicken Herren
und der
2 dicken Damen
Gäste

4
Gäste
4

Sie hören

auf meine Werke! 2. 100 Seiten
S. 10. 15. 20. 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100. 105. 110. 115. 120. 125. 130. 135. 140. 145. 150. 155. 160. 165. 170. 175. 180. 185. 190. 195. 200. 205. 210. 215. 220. 225. 230. 235. 240. 245. 250. 255. 260. 265. 270. 275. 280. 285. 290. 295. 300. 305. 310. 315. 320. 325. 330. 335. 340. 345. 350. 355. 360. 365. 370. 375. 380. 385. 390. 395. 400. 405. 410. 415. 420. 425. 430. 435. 440. 445. 450. 455. 460. 465. 470. 475. 480. 485. 490. 495. 500. 505. 510. 515. 520. 525. 530. 535. 540. 545. 550. 555. 560. 565. 570. 575. 580. 585. 590. 595. 600. 605. 610. 615. 620. 625. 630. 635. 640. 645. 650. 655. 660. 665. 670. 675. 680. 685. 690. 695. 700. 705. 710. 715. 720. 725. 730. 735. 740. 745. 750. 755. 760. 765. 770. 775. 780. 785. 790. 795. 800. 805. 810. 815. 820. 825. 830. 835. 840. 845. 850. 855. 860. 865. 870. 875. 880. 885. 890. 895. 900. 905. 910. 915. 920. 925. 930. 935. 940. 945. 950. 955. 960. 965. 970. 975. 980. 985. 990. 995. 1000. 1005. 1010. 1015. 1020. 1025. 1030. 1035. 1040. 1045. 1050. 1055. 1060. 1065. 1070. 1075. 1080. 1085. 1090. 1095. 1100. 1105. 1110. 1115. 1120. 1125. 1130. 1135. 1140. 1145. 1150. 1155. 1160. 1165. 1170. 1175. 1180. 1185. 1190. 1195. 1200. 1205. 1210. 1215. 1220. 1225. 1230. 1235. 1240. 1245. 1250. 1255. 1260. 1265. 1270. 1275. 1280. 1285. 1290. 1295. 1300. 1305. 1310. 1315. 1320. 1325. 1330. 1335. 1340. 1345. 1350. 1355. 1360. 1365. 1370. 1375. 1380. 1385. 1390. 1395. 1400. 1405. 1410. 1415. 1420. 1425. 1430. 1435. 1440. 1445. 1450. 1455. 1460. 1465. 1470. 1475. 1480. 1485. 1490. 1495. 1500. 1505. 1510. 1515. 1520. 1525. 1530. 1535. 1540. 1545. 1550. 1555. 1560. 1565. 1570. 1575. 1580. 1585. 1590. 1595. 1600. 1605. 1610. 1615. 1620. 1625. 1630. 1635. 1640. 1645. 1650. 1655. 1660. 1665. 1670. 1675. 1680. 1685. 1690. 1695. 1700. 1705. 1710. 1715. 1720. 1725. 1730. 1735. 1740. 1745. 1750. 1755. 1760. 1765. 1770. 1775. 1780. 1785. 1790. 1795. 1800. 1805. 1810. 1815. 1820. 1825. 1830. 1835. 1840. 1845. 1850. 1855. 1860. 1865. 1870. 1875. 1880. 1885. 1890. 1895. 1900. 1905. 1910. 1915. 1920. 1925. 1930. 1935. 1940. 1945. 1950. 1955. 1960. 1965. 1970. 1975. 1980. 1985. 1990. 1995. 2000. 2005. 2010. 2015. 2020. 2025. 2030. 2035. 2040. 2045. 2050. 2055. 2060. 2065. 2070. 2075. 2080. 2085. 2090. 2095. 2100. 2105. 2110. 2115. 2120. 2125. 2130. 2135. 2140. 2145. 2150. 2155. 2160. 2165. 2170. 2175. 2180. 2185. 2190. 2195. 2200. 2205. 2210. 2215. 2220. 2225. 2230. 2235. 2240. 2245. 2250. 2255. 2260. 2265. 2270. 2275. 2280. 2285. 2290. 2295. 2300. 2305. 2310. 2315. 2320. 2325. 2330. 2335. 2340. 2345. 2350. 2355. 2360. 2365. 2370. 2375. 2380. 2385. 2390. 2395. 2400. 2405. 2410. 2415. 2420. 2425. 2430. 2435. 2440. 2445. 2450. 2455. 2460. 2465. 2470. 2475. 2480. 2485. 2490. 2495. 2500. 2505. 2510. 2515. 2520. 2525. 2530. 2535. 2540. 2545. 2550. 2555. 2560. 2565. 2570. 2575. 2580. 2585. 2590. 2595. 2600. 2605. 2610. 2615. 2620. 2625. 2630. 2635. 2640. 2645. 2650. 2655. 2660. 2665. 2670. 2675. 2680. 2685. 2690. 2695. 2700. 2705. 2710. 2715. 2720. 2725. 2730. 2735. 2740. 2745. 2750. 2755. 2760. 2765. 2770. 2775. 2780. 2785. 2790. 2795. 2800. 2805. 2810. 2815. 2820. 2825. 2830. 2835. 2840. 2845. 2850. 2855. 2860. 2865. 2870. 2875. 2880. 2885. 2890

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Februar.

Der mit dem Frauenwahlrecht!

Der dritte Frauentag wird in Breslau am nächsten Montag im "Kronprinzen" auf der Westendstraße abgehalten. Es gilt dem Kampf um die Rechte der Frauen, die fast auf allen Gebieten als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Die Mädchen und Frauen fordern besonders das Wahlrecht, damit sie nicht länger mundtot bleiben. Als Rednerin wird die Genossin Frau Frieda Wulff aus Berlin auftreten, die jüngst als Partei-Sekretärin für Schlesien gewählt worden ist.

Genossinnen, rüstet für Euren Tag, erscheint in Massen!

Was soll der Junge werben?

Diese überaus wichtige Frage beschäftigt zurzeit gar viele Eltern und Vormünder. Die Antwort ist oft nicht leicht. Es handelt sich um den Eintritt der Jugend ins Leben, um den Kampf ums Dasein, der schwer zu führen ist. Da gilt es, genau zu prüfen, welchen Beruf der Junge erlernen soll, damit er später sein Brot verdienen kann. Ein guter Rat ist hier von großem Werte. Geivitz, Unternehmer, besonders die Innungsherren, bemühen sich seit Jahren nicht wenig um die Lehrstellen-Bermittlung, und auch in der Volksschule werden die Knaben und Mädchen auf die verschiedenen Berufe hingewiesen. Bei diesen Lehrlungen und Auskünften werden aber nicht selten die "guten Aussichten" der jungen Leute übertrieben dargestellt und Hoffnungen erweckt, die sich niemals erfüllen können. Der hiesige Verein der Geielle-Ausschüsse hat deshalb beschlossen, Aussichtsstellen über das Lehrlingswesen für Eltern und Vormünder zu errichten. Im Handwerk und der Industrie erfahrene Gesellen und Gehilfen werden jedermaßen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Alle ihre Auskünfte über Löhne und Arbeitsverhältnisse, Rostgelder der Lehrlinge usw. werden unentgeltlich erteilt. Bis jetzt sind folgende Aussichtsstellen errichtet:

Buchbinder. B. Brucks Oderstraße 14, II.; Sprechzeit von 12 bis 1½ und 5 bis 7 Uhr.

Buchdrucker. Fiedler, Kupferschmiedestraße 7, II.; Sprechzeit von 12 bis 1½ und 5 bis 7 Uhr.

Brauer- u. Mühlenarbeiter. M. Uerbach, Alexanderstraße 12, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus, Zimmer 29); Sprechzeit wochentags von 12 bis 1 Uhr.

Gärtner. A. Stenzel, Siegelgasse 5, III.; Sprechzeit von 7 bis 8 Uhr abends.

Holzarbeiter. G. Kobilly, Gögenstraße 2; Sprechzeit wochentags von 12 bis 1 Uhr, Sonntags von 1½ bis 2½ Uhr.

Aussichtsstelle. A. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Maler. M. Schönfelder, Friedrichstraße 24; Sprechzeit wochentags von 6 bis 7 Uhr abends, Sonntags von 12 bis 2 Uhr mittags.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (vom 1. April an im Gewerbehaus); Sprechzeit täglich vormittags von 9 bis 10 Uhr, mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 5 bis 7 Uhr.

Aussichtsstelle. M. Höhn, Rosenthalstraße 21; Sprechzeit von 12 bis 1½ Uhr.

Metallarbeiter (Schlosser, Schuhmacher, Klempner, Installatoren usw.). M. Holzgasse 3, I. (v

Ein Breslauer Urteil.

„Ich bin der Meinung, daß wir gar keine schärferen Bestimmungen gegen den Terrorismus brauchen. Wir kommen mit den bestehenden Bestimmungen ganz aus, die ja mehrjährige Gefängnisstrafe zulassen. Wenn auf hohe Strafen erkannt wird und mehr Angeklagten erfasst würden, erübrigen sich neue Gesetze.“

Diesen Ausspruch hören wir am Mittwoch von dem Vorstand des dritten Breslauer Strafamtes, Landgerichtsrat J. L. L. Der Ausspruch ist bezeichnend für den Geist, der am Breslauer Gericht herrscht, und so braucht man sich nicht zu wundern, wenn, wie im vorliegenden Falle, oft mehrmonatliche Gefängnisstrafen über Arbeitnehmer verhängt werden, die im Grunde nichts anderes tun, als daß sie mit Eifer für die Erfüllung ihrer Berufsorganisation eintraten.

In der Anklagebank stand der Arbeitnehmer Gottlieb Przybilla aus Breslau, den das Schöffengericht am 17. Januar dieses Jahres wegen Elektrogeräte- und Würgung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt hatte. Der angeklagte ist der Arbeiter Hugo Koneczny, der mit dem Angeklagten zusammen in der chemischen Fabrik der Firma Schröder u. Paetzold in Gosek bei Breslau tätig war. Przybilla arbeitete schon ein Jahr in der Fabrik, als Koneczny dort in Arbeit trat. Der Angeklagte ist Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes, als dessen Delegierter er bestellt wurde, was von den bei Schröder u. Paetzold beschäftigten Arbeitern bereits dem Verbande angehörte. Diese Feststellungen geschehen definitiv sowohl zu statthaften wie zu Verbrezweiten. Die Frage des Angeklagten an Koneczny, ob er dem Verbände gehörte, beantwortete dieser dahin, er gehörte zwar nicht dem Fabrikarbeiterverbande, sondern dem Bauarbeiterverbande an, und zahlte 1.80 M. Wertheintrag. Diese Angabe fiel dem Angeklagten auf, weil ein so hoher Beitrag von einer einzigen Gewerkschaft erhoben wird. Er erfuhr deshalb, daß Koneczny in durchaus angemessener Form, sein Verbandsbuch mitzutragen. Als dieser Wunsch, trotz mehrfacher Erinnerungen, unerfüllt blieb, glaubte Przybilla, daß Koneczny ihn nur verstellen wollte. Tatsächlich stellten sich dessen Angaben auch als unwahr heraus; er war damals — und auch heute — nicht organisiert. Einige Zeit später kündigte Koneczny seine Stelle mit der Begründung, er werde vom Angeklagten wegen seiner Nichtzugehörigkeit zum Verbände fortwährend drangsaliert. Przybilla soll ihm gedroht haben: „Verfluchtes Breslauer Schreinbund, wenn Du dem Verbände nicht beitretest, schlage ich Dir die Knochen im Leibe entzwei.“ Das kundige Koneczny vor dem Schöffengericht und wiederholte es jetzt auch vor dem Strafamt.

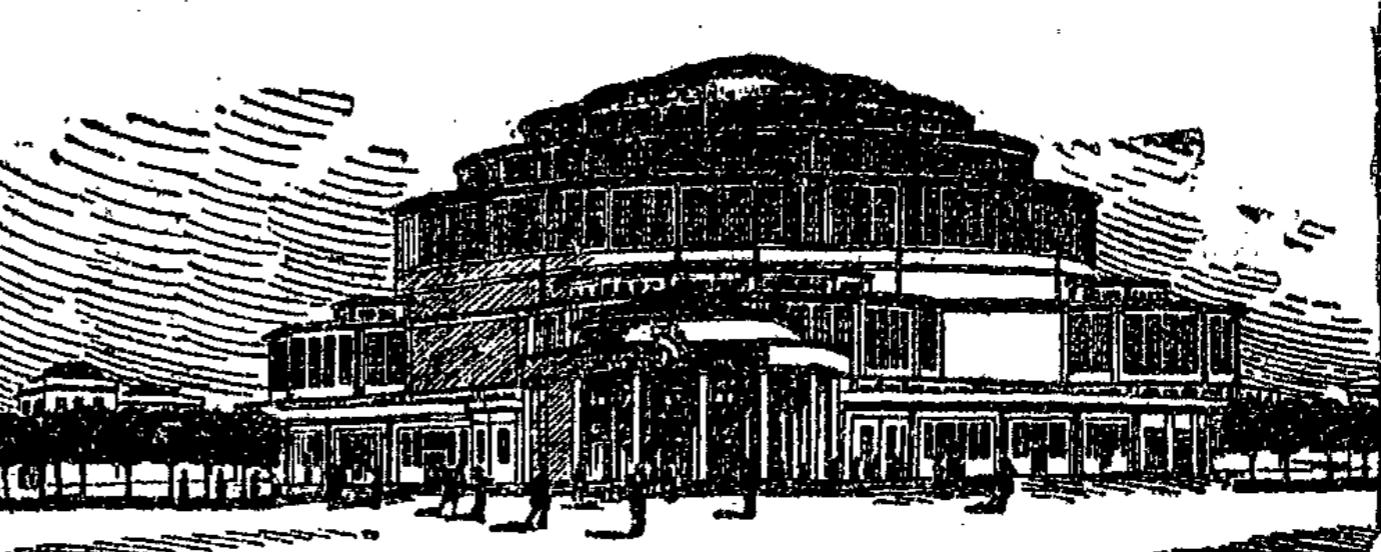
Der Angeklagte wußte, daß den Zeugen bestimmt oder genötigt zu haben, sich dem Verbände anzuschließen. Der als Zeuge gehörte Leiter der Fabrik, Direktor Schöld, konnte bestätigen, daß sich der Angeklagte stets einwandfrei geführt und seine Miniaturen, zu denen viele Unregelmäßigkeiten gehörten, niemals beläßt hat. Der Arbeiter August Manske aus Klein-Gandau, der nie in unmittelbarer Nähe des Angeklagten arbeitete, hat von irgendwelchen Verdachtsmomenten des Koneczny nicht das mindeste gehört. Von Bedeutung ist schließlich auch die Tatsache, daß Przybilla nicht entlassen worden ist, sondern von selbst das Arbeitsverhältnis gekündigt hat. Es kann also mit seinem „Terrorismus“ nicht so schlimm gewesen sein. Während der Vernehrung des einen Verteidigungszeugen Koneczny fuhr Herr Glend plötzlich erregt in die Höhe und sagte zum Angeklagten: „Das ist ja wirklich unerhörbar, wie Sie den Mannen zugesetzt haben. Die höchste Strafe wäre gegen Sie vielleicht am Platze gewesen.“ Herr Fabrikdirektor Schöld, der gegen den Angeklagten durchaus nichts Belastendes vorbrachte, ließ sich die Gelegenheit nicht nehmen, ganz allgemein von Terrorismus, der in seiner Fabrik herrsche, zu sprechen. Auch von notwendig gewordener „Gendarmeriedefens“ seiner Arbeiter und anderen schauerlichen Dingen berichtete er dem Vorstand, der sehr aufmerksam zuhörte, obwohl das alles mit dem zur Anklage stehenden Fall absolut nichts zu tun hatte.

Zur Verteidigung des Angeklagten führte Herr Rechtsanwalt P. und M. in etwa folgendes aus: „Selbst wenn man alles das als wahr unterstellt, was Koneczny behauptet hat, so muß man über die außerordentliche Höhe der vom Vorstand erforderten Freibbeitsstrafe nur den Kopf schütteln. Wenn das Schöffengericht sagt, mit Rücksicht auf den Terrorismus den Arbeitseinsatz gegenübertreten, „den immer mehr um sich greift“, sei die hohe Strafe gewählt worden, so in dieser Standpunkt nicht gut verständlich. Es ist doch natürlich nicht angängig, den Einzelnen die ganze Strenge des Gesetzes führen zu lassen, bloß deshalb, weil der Richter den Terrorismus als isolieren für verantwortlich und bestämpfenswert hält. Es soll jedem Richter völlig unbenommen bleiben, über den sog. Terrorismus der Gewerkschaften ganz nach seinem Geschmack zu urteilen. Nur darf sich der persönliche Standpunkt nicht zu dem Vorurteil verdichten, daß jeder das Terrorismus bestürzte Arbeiter dem elenden Erbreicher oder sonstigen Rechtsbrecher gleich zu achten ist. Handelt denn der Richter, der in einem gewissen Übertriebenen Maße für seinen Standpunkt tatsächlich etwas zu weit geht, wofür steht? Keineswegs kann man die Verantwortung einmal sicher betrachten. Sicherlich steht doch entchieden fest, daß die von den Verbänden erzielten Erfolge, wie Lohnerschöpfungen, längere Arbeitszeit usw., auch den Richter organisierten Zugriff freimachen. Denn selbst einen hinter Trummis machen, profitiert also der Unorganisierte vom höheren Sozialaufwand letzter organisierten Gruppe. Unter diesen Umständen ist es doch durchaus nicht überrüchtig, wenn der Organisierte den Unorganisierten um seine Standes- und Richtenrichtigkeit mahnt, ihn davon erzählt, nicht möglich begegnen und bloß die Freiheit des Kampfes einzuhindern, sondern tatsächlich mitzuhelfen an der Besserung der gesamten Soziallage. Die Gewerkschaften sind ehrlicher Natur, wenn man besser befähigt, daß der Arbeiter, der ja mit der Erfüllung seines Verbands befreit, nicht selbsttätig, nicht um seines eigenen persönlichen Nutzens willen handelt. Wer für die Größe und das Ansehen seines Standes steht, der handelt doch nicht selbsttätig, sondern weigertwillig, und denne moralisch nicht verantwortlich. Ein Richter ist bei Beurteilung des Strafmaßes im Rechtsfall von einem sozialkritischen Gesichtspunkt darauf besonders hinzuhalten. Auch im vorliegenden Falle muss genug werden, zweigesetzt zu tun, die Richter, die bestimmen auf den Angeklagten gewirkt haben. Es besteht jedoch nicht, daß Manche im Urteilnis gestellt zu werden.“

So lange zehn Minuten hatte hier die Richter schwilbig gesessen. Sie kurbelten in der schmalen Sitzreihe nicht abgelenkt, noch so viel, aus einer traurigen Sicht des Terrorismus herab, der mit jenen Warzen Gefangen ist, angezeichen und anstreichen sollte. In die der ersten Sitzreihe gegenüberliegenden eckigen Richterstühle des Angeklagten waren — wie der Richter in der Urteilsverhandlung berichtet — für den Berufungsgerichtsraum noch zwei neue Holzstühle, so dass

die neuen Stühle ebenfalls Platz nahmen, obwohl dem Berufungsgerichtsgerichtssitz noch nicht die Stühle getragen wurden. In Richterstühle, bei dem Geiste, was den sich die berufliche Ausbildung leisten will, zwischen den beiden höheren Studienanstalten gehen den Unterschiede der Richter, denen kein Zweck für Berufungen ein gutes und richtiges Vermögen be-

Die Jahrhunderthalle in Breslau.



aus die Notwendigkeit der Organisation schlechtbezahlter Arbeiter nie ermessen können. Es brauchen nur genügend Anzeigen über Terrorismus gemacht werden, die Richter werden nie versagen, auch wenn der Reichstag von einem verschärfsten Schutz der Arbeitseinsätze nichts wissen will.

Sonderbare Weisheiten.

Man kann von keinem Menschen verlangen, daß er Verstand besitzt; auch ein zum Doctor geschlagenes Individuum ist dazu durchaus nicht verpflichtet. Dazu soll dem Dr. Justus Stützlin, der unter der Bezeichnung: „Soziale Studien aus dem Volksleben“ einige Unsinn in der Mittwochnummer der „Schlesischen Zeitung“ abgelagert hat, jeder irgend mögliche mildrende Umstand zugestellt werden. Der lachende Himmel Italiens ist schon manchem Dichter gefährlich geworden, der nicht zugleich ein Denker war. Herr Dr. Justus Rückwärtig ist nun leider kein Denker.

Es ist eine wunderliche Geschichte, die der Herr Doctor zum Besten gibt. Ein armer Halberster arbeitet in einem Steinbruch Deutschlands, verunglückt dort und erhält die Vollrente zugesprochen. Der Artikelbeschreiber lädt deutlich durchdrücken, daß der Arbeiter stimulierte, um zu seiner Rente zu kommen. Wir sind keine Unmenschen, aber Herr Dr. Rückwärtig gännen wir gern einige Wochen „Rentenquecks“, damit er begreift, wie leicht sich für den Arbeiter eine Rente erschleichen läßt.

Mit der „rechtlichen Rente“ in der Tasche wandert der Arbeiter nun zur Heimat zurück. Unser Doctor erzählt weiter:

„Die gesunde Lust, das grübige Leben, die ganze „Umwelt“ der Heimat duerkerten auch an dem armen Luigi ihre Heilwirkung, und zwar in einer Weise und mit einer Schnelligkeit, die seine deutschen Arzte aufs Höchste überzahlt haben würden. Er lebte geradezu plötzlich wieder auf, sond seine sämtlichen Stärke, Gaben und Fähigkeiten vollzählig wieder, beruherte sich und wurde mit großer Schnelligkeit wieder von Amputationen. Von seinen Erfahrungen und der stets pünktlich eintreffenden Rente kaufte er sich einen Adler, den er allerdings von seinem Meister bestellen ließ, weil er nun ein „onorevole“ geworden war, dem es anstand, im Cafe Garibaldi zu sitzen und mit den übrigen Honoratioren und Spitzen des Ortes Betrachtungen über den Weltlauf anzustellen oder Dame zu spielen. Wer hätte dem Armen sein bisschen Wohlergeben nicht gönnen mögen?“

Wie herrlich es sich doch in Italien für 40 bis 50 Mark monatlich leben läßt! Wirklich, der Herr Justus Rückwärtig ist schwer zu bedauern. Hätte er als Steinbrucharbeiter im Dienste des deutschen Kapitals nur seine gefundenen Stärken verloren, dann Verstand kann er ja wohl kaum mehr verlieren, dann könnte er jetzt an den Ufern der italienischen Küste ein Götterleben führen und wäre nicht gezwungen, des schärmischen Honorars wegen alberne Artikel für Schriftschriften zu schreiben.

Über in einem richtigen deutschen Märchen muß die Rasse bestraft werden. Und so erscheint dem ein von der Berufsgenossenschaft beauftragter Arzt auf der Bildfläche, der den Rentenempfänger scharf aufs Korn nimmt.

Als er nur gar den Onorevole Luigi beobachtet hatte, den eine verhängnisvolle Antikettung von Latendrang auf sein Fleisch geführt hatte, da bedurfte es kaum noch der genauen Untersuchung, um die völlige Gesundheit des Konservators festzustellen. Der Arzt besuchte zwar, dem barthigen Deutschen noch einmal das Gesundheitsbild vorzuführen, das er während seiner Behandlung in Deutschland dargeboten hatte, aber er war doch zu sehr aus der Übung gekommen, um noch überzeugend wirken zu können.“

Ein italienischer Arzt, der nebenbei den Arbeiter nicht ganz so ferngezogen findet, läßt sich mit seinem deutschen Kollegen in ein Gespräch über die deutsche Arbeiterversicherung ein. Er sagt:

„Ja, es ist etwas Großes um die deutsche Arbeiterversicherung!“ Rufen Sie sie uns doch noch, entgegnet der Deutsche. „Gott und die Madonna sollen uns bewahren!“ tief, leises Adelsum Segensreden, der entflohene Weisse. „Wer kann das bezahlen? Ihre Raffen sind ja sämlich mehr oder minder banzerlos, denn alle wollen haben und niemand zahlen, und dann ist auch die Bissere Ihrer Betriebsunfälle petz und ist ungeheuerlich. Wenn das bei Ihnen mit dem lokalen Mächtigefühl geschieht, wie soll das bei unserem Volke werden, das zwar nicht reich ist von Gut und Böse steht, aber die Freiheit vom Recht der Erkenntnis des Guten und Bösen überhaupt noch nicht gewusst hat? Rein! rein! Seien Sie Sich Ihre Radioner annehmen!“ Dr. Gomber schreibt: nun hätte er einmal gehört, warum im Angesichte der deutschen Versicherung so viel geschehen, so wenig nachgeholt wird.

Das der breite Dr. Rückwärtig unter dem Einfluß der italienischen Sonne die Fieber etwas allzutief ins Tintenfass taucht, lohnen wir hingehen. Wie will aber der zuständige Redakteur der „Schlesischen Zeitung“ die Aufnahme dieser unverhüllten Schreiberei entzündigen? Oder sollte auch er die unverhüllten Verhältnisse nicht kennen? Dann beweisen wir, daß kommtlich auf das Reichsarbeitsblatt, Januar 1912, Seite 52. Dorthin heißt es:

„Die Verdünnung der bis zum Schluß des Rechnungsjahrs (1911) angesammelten Reservefonds der Berufsgenossenschaften betragen zusammen 325.382,52 M. zu denen noch Abzug der auf die eingelagerten 340,75 M. und 18.217,29 M. rückläufige Salden kommen. Die Berufsgenossenschaften haben als Reservefonds 1.529.900,04 M.

Unser Bild zeigt die ihrer Vollendung entgegenahende riesige Breslauer Festhalle. Sie gilt als der größte Kuppelbau der Welt; auch die Kuppeln der Peterskirche und des Pantheons in Rom können sich mit dem Breslauer Bau nicht messen, dessen Kuppellaterne von der Erde 41 Meter entfernt ist. Die Halle, die mehr als zwei Millionen Mark an Baukosten erfordert, kann 10.000 Personen Platz gewähren.

An sonnigem Vermögen, einschließlich der noch ausstehenden Beiträge, werden für die Berufsgenossenschaften 201.609.718,70 Mark, für die Versicherungsanstalten 19.000.218,70 Mark nachgewiesen.“

Aiso etwa 550 Millionen Mark Vermögen i. Wirklich beinahe bankrott!

Aber das ist noch garnicht alles. Der „Begehrlichkeit“ der Arbeiter hat noch weit größeres Unheil verhuldet. Das Vermögen der deutschen Versicherungsanstalten betrug am Ende des Jahres 1911 1.759.362.074 Mark. Es ist in diesem Jahre um 97.203.384 Mark angewachsen. Die Ausgaben betrugen nur 172.951.393 Mark, und davon kommen noch 21.854.418 Mark auf die Verwaltungskosten.

Weit über zwei Milliarden Mark sind also angehäuft worden. Nichts vom Bankrott; im Gegenteil, der Staat schwimmt förmlich in dem Gelde, das er den Armuten seiner Bürger vorsätzlich abzapft.

So sieht die soziale Fürsorge für den deutschen Arbeitervolk in Wirklichkeit aus. Was ihm mit der Rechten gegeben wird, ist ihm mit der Linken schön längst mehr als ausreichend genommen. Der ganze Apparat ist bei Nicht bestehen, nicht viel mehr als eine bequeme Paradiesloge für das Reich und die Bundesstaaten und eine Versorgung für Beamte und Militär anwärter. Gerade arbeiterfeindliche Blätter sollten sich hüten, an diese Wunde der sozialpolitischen Gesetzgebung zu röhren, denn wahrscheinlich wird eine gute Portion Herzhaftigkeit dazu, dem ungünstigen Arbeitervolk die gesunden Knochen opfern, Begehrlichkeit und Rentenschlechterei vorauswerfen. Die Verdächtigung, der Arbeitervolk führt durchaus nicht billige Betriebsunfälle herbei, um die Rente zu bekommen, ist nicht nur dumum, sondern auch widerwärtig und gemein. Ein Blatt, dessen Verfasser zum einen Teil aus pensionierten Offizieren und höheren Beamten besteht, sollte sich des eigenen glorhaften Daches wegen hüten, angründigen Leuten Steine nachzuwerfen.

Das Ober-Regulierungsgesetz

ist am Mittwoch in der Kommission des preußischen Abgeordnetenhaus durchgebrochen worden. Gegner das Gesetzes landen sich nicht. Zweifel entstanden nur über die Zweckmäßigheit der Lage des großen Staubaekens in Ottmachau. Nach Erklärungen der Regierungsvertreter wurden diese Zweifel als erledigt erklärt und dann darüber gesprochen, daß nach der Oderregulierung die Schiffsstrecke Oderbrüder-Schlesien-Berlin-Hamburg zugunsten Hamburgs verbessert und damit die Konkurrenz des preußischen Ostseehafens Stettin erschwert werden. Mit einer Erörterung über die Frage, inwiefern ein Ausgleich für Stettin eintreten soll, schloß die Besprechung. Die Einzelberatung ist am 6. März.

* Aus dem Monatenbunde wird uns mitgeteilt, daß ein arischer Teil der Mitglieder als Verbalen des Reichsanwalts Büschel als Leiter der Kirchenausritts-Veranlassung am Montag nicht billigt. Diese Mitglieder bedauern, daß durch ein solches Verbalen das einmütige Zusammenarbeiten aller Richtungen für den Kirchenausritt geföhrt worden ist. Der größte Schaden sei dem Monatenbunde selbst zugetragen, da er nicht nur an Linien bei den anderen freidenkischen Organisationen, sondern auch an Mitgliedern eingebüßt habe.

* Durchgebrannt. Der zuletzt in Neumittelwald (Schlesien) beschäftigt gewesene 22jährige Postassistent Otto Thomas aus Breslau hat im Postgeschäft und im Postanweisungsverkehr Fälschungen im Wert von über 60.000 Mark begangen. Thomas, der am 15. Februar einen Urlaub angetreten hatte, ist seitdem flüchtig und reist wahrscheinlich in Begleitung einer 23jährigen Kontinentalen Rose Werner, seit eines 20 Jahre alten Handlungsgesellen Georg Büttner. Die Werner wohnte bis Anfang Dezember 1912 in Breslau, Schleiermacherstraße 92, bei ihrer Mutter, der verhüllten Frau Bauermeisterin Friederike Büttner Eichstraße 26, 3. Etage, bei der Witwe Lindner. Die drei Genannten sind zuletzt am 17. Februar zusammen in Leipzig geflossen worden, von wo sie in der Richtung nach Frankfurt a. M. weitergereist sind. Dort und in Leipzig hat die Werner sie Thomas je 7500 Mark bei Banken abgehoben.

Thomas, der mit der Abschaffung der Postabnahmung betraut war, ersann nach der Breslauer Morgen-Zeitung füllenden Plan, um sich und seinem Freunde Büttner große Geldsummen zu verschaffen.

Er veranlaßte Ruth Werner dazu, daß sie ihrer älteren Stiefschwester das dieser gehörige zu Hause verbliebene Geld von 2000 Mark entwende, und sich damit ein Bankkonto anlege. Das junge Mädchen mußte sich dann bei ihrem Vater eine Postausweisstelle verschaffen, um jederzeit das überstetete Geld abheben zu können. Thomas stülpte nun Büttner aus, bis in Wirklichkeit gar nicht eingezahlt worden, und überwies aus der Postcheckkasse Berlin auf das Kontokto des Sohnes Werner. Auf diese Weise wurde die Post um etwa 60.000 Mark gefädigt.

Nach der Entfernung des Thomas, sowie auf die Wiedererlangung des Geldes hat die Postbehörde eine Sanktion von 1000 Mark ausgesetzt. Thomas, der beim dreißigsten Geburtstag aufgezeichnet wurde, ist nicht zu wechseln mit dem Sohn des Postwirts Thomas, von der Postanstalt, der ebenfalls Postassistent ist, aber jünger sein Sohn beim Militär dienst.

Kleine Breslauer Nachrichten.

* Die Berufserziehungsstelle des Vereins Frauenwohl verfügt die Berufswahl der Mädchen und Auskunft über Bildung, Ausbildungsmöglichkeiten und Zukunftsaussichten der häuslichen, gewerblichen, kommunalen und wissenschaftlichen Berufe.

* Aus dem Südpolen der Stadt wird bei der Oberpostdirektion beantragt, mehr Postautomaten aufzustellen. In der Auguststraße wird brennbar zwischen Kantstraße und Gottschalkstraße ein Fußgängertreppenweg angelegt werden, wodurch eine bedeutende Verkehrssicherung erzielt wird. Um diese drohende Durchleitung ersuchen die Einwohner der Südstadtstadtteile seit Jahren; nun werden die langgehegten Wünsche endlich erfüllt.

* Schwer verunglückt ist am Dienstag nachmittag ein Schützen, der mit einem Kürbigenwagen die Tiefenbach Chaussee entlang fuhr. Die Pferde schauten und gingen durch. Der Mann, der auf dem Sattelpferd saß, wurde von den Tieren gegen einen Baum gedrückt und abgeworfen. Dabei erlitt er einen schweren Oberschenkelbruch. Die Pferde rasten weiter.

Berücksichtigende telegraphierten die Nervenheilanstalt auf der Einbaumstraße um Hilfe an. Diese meinte aber, sie sei nicht ausständig. Ein Arzt bei dem Allerheiligens-Hospital half denselben Erfolg. Etwa eine halbe Stunde lag der Verletzte schon. Da kam ein Kürbigenwagen desselben Regiments von Neulowitz her. Der führende Unteroffizier befahl, den Mann auf den Achsenwagen zu legen. Dem widerstiegen sich die Passanten ganz energisch, sodass der Unteroffizier schließlich davon Abstand nahm und weiterfuhr. Bald darauf kam ein Auto mit einem Herrn, der anscheinend Arzt war. Dieser bemühte sich sofort um den Verletzten. In fast dem gleichen Augenblick erschien auch der Feuerwehr-Krankenwagen. Der Mann wurde sofort eingeladen und fortgeschafft.

Gest eine Stunde lag der anscheinend sehr schwer Verletzte an einer Stelle, die in höchstens fünf Minuten von einer Hilfsanstalt zu erreichen ist. Das ist sehr bedenklich. Noch bedenklicher aber scheint es uns, dass mehrere Hilfsanstalten, angeblich weil sie nicht zuständig waren, ihre Hilfe zurückgezogen haben. Das dürfte doch nicht vorkommen.

* Selbstmordversuch. Ein Dienstmädchen sprang heute von der Gneisenaubrücke in die Oder, um sich das Leben zu nehmen. Die Lebensmüde wurde über von Vorübergehenden gerettet und von Samaritern der Feuerwehr ins Allerheiligens-Hospital gebracht.

* Häufig geworden ist ein Reisender, der in einem hiesigen Kreis eingeschleift war, von dem Juwelier 80 M. zu erschinden verstand und noch eine Schuld von über 50 M. zurückließ.

* Diebstahl von Juwelen. Am Mittwoch wurde eine Zeitschrift gekennzeichnet, die in einem hiesigen Juweliergeschäft beschädigt war; sie hat dort Schmuckgegenstände im Werte von 100 Mark gestohlen.

* Warnung vor einer Schwindlerin. Eine unbekannte etwa 24 bis 26 Jahre alte Frau, die allem Anschein nach eine Juwelierein ist, treibt in der letzten Zeit ihr Unwesen darum, dass sie sich unter der Vorgabe, Krankheiten heilen zu können, namhafte Geldbeträge erzieht. Vor der Schwindlerin wird gewarnt. Angaben zu ihrer Ermittelung werden an das Blatt des Polizeidirektors, Schubertstr. 40, II, erbeten.

* Diebstahl im Theater. In Kleiderkauften eines hiesigen Theaters sind einer Schauspielerin ein Portemonnaie mit Inhalt, eine goldene Uhr und andere Wertgegenstände im Gesamtwert von 350 Mark entwendet worden.

* Taschendiebstahl. Einer Kaufmannsfrau ist am Mittwoch nachmittag auf dem hiesigen Hauptbahnhof aus ihrer Tasche eine Ledertasche mit 100 M. gestohlen worden. — Einem Kaufmann ist am Mittwoch in einem Geschäft auf der Lauenzierstraße aus seiner Überziehertasche eine Brieftasche mit 150 M. gestohlen worden.

* Verloren wurden ein Hundemaulkorb mit Steuernmarke Nr. 8059, eine silberne Brosche, eine Damenhandschale mit Inhalt, ein Handtäschchen mit Schlüsseln und Taschentuch, ein Portemonnaie mit 21 M. und einer Wohnungskarte für den Zoologischen Garten.

* Gefunden wurden ein Portemonnaie mit Inhalt, eine graue Damenhandschale mit Inhalt, eine Kinderbon, ein Herten-hut, ein Paar Leberhandschuhe.

Theater, Vergnügungen und Konzerte.

Mitteilungen aus den Theaterbüros.

Birkus Bresl. Schlesische Kurzstüms-Festspiele. Mit dem heutigen Tage verabschiedet sich das Ensemble der Schlesischen Kurzstüms-Festspiele, welches seit 25. Januar die patriotischen Schauspiele „Schlesiens Söhne“ von Dr. Friedrich Eger und „Das Volk steht auf“ von Fritz Ernst, beide in der Inszenierung des Direktors Eger, aufgeführt hatte. Der heutige Abschiedsabend bringt Fritz Ernst's „Das Volk steht auf“ zur Darstellung. Das Ensemble gastiert dann in Schlesiens und Sachsiens Großstädten.

Aus Oberschlesien.

Zabrze. 27. Februar. Achtung, Gemeindevertreter! Die Gemeindevertreter-Wahlen der dritten Abteilung finden am Freitag, den 6. März von morgens 10 Uhr an statt. Es scheiden in der dritten Abteilung aus: Kommerzienrat Hochgoland, Rechtsanwalt Jonoschitz, Rentier Dusabz, Obermeister Schiron.

Wir ersuchen unsere Parteigenossen alles baran zu setzen, damit endlich einmal andere Vertreter der dritten Abteilung in unser Gemeindeparlament einzutreten. Es wählt der 1. Bezirk im Kasten der Dommermarchhütte. Dazu gehörten: Beuthener, Dommermarchhütte, Wörwitz, Stollen, Nöpke, Eger, Görlitz, Hochberg, Baulstraße von 1 bis 30, Bützen, Zieten, Werder, Ufer, Grunewald, Montfort, Bölkow, Höglitz, Wasser und Wilhelmsburgerstraße, Weg zur Biegelei und Ludwigsgasse. Der Bezirk 3 wählt im Gashaus Schwedt, Zabrze N. Dazu gehörten: Paulstraße von 31 bis Ende, Maichlaß, Sedan-, Galda-, Siegel-, Zelch-, Randa, Gelb-, Heinrich-, Michael-, Blum-, Kleine Leichtstraße, Sanderweg, und Kronprinzstraße 1-71 und 2-84.

Der Bezirk 4 wählt im Gasino Deltsch. Dazu gehörten: Wilhelm-, Deltsch-, Pfarr-, Kopp-, Rothe-, Bitter-, Gasfeld-, Gedächtnis-, Spiegel-, Spurz-, Schuh-, Grüne-, Gebwig-, Fächer-Wilhelm-, Friedrich- und Lützowstraße.

Bezirk 6 wählt im Kasten „G. & V.“ Gorzowska. Es gehören zu ihm: Uelken, Anna, Adolf, Vincent, Bismarck, Garten, Steinbrück, Tiefenau, Gorzowska 21-57 und 18 bis 20, Parfiss-, Gerichts-, Schiller-, Wehlowitz- und Lillstraße.

Es liegt an Euch, Parteigenossen und Kollegen, uns einen schwingungsreichen Erfolg zu sichern. Zugruber ein jeder seine Pflicht und schaffe noch in dieser Bürgerzeit Aufzehrung unter seinen Freunden und Kollegen, damit jeder Arbeitnehmer seine Stimme abgibt.

Beuthen OS. 27. Februar. 4000 Mark Belohnung für Entzifferung des Birkensatzes. Rattenräuber. Der hiesige Stadtkommandant erhält eine Belohnung, in dem die Belohnung für die Entzifferung des Birkensatzes, die am 14. Dezember v. J. den ausfahrenden Rattenräuber,

fall auf einen Geldtransport der Katowiger Ullengefäßgesellschaft verübt und dabei etwa 17.000 Mark raubten, von 1000 auf 2000 Mark erhöht wurde. Es kommen als Täter vier Personen in Betracht, die mutmaßlich auf österreichisches Gebiet geflüchtet sind. Von den bereits erfolgten Verhaftung zweier Arbeitnehmer der Wydowitzgrube ist der Name noch nicht aufgedeckt. Die Verwaltung hat ebenfalls für Ausführungen 1000 M. Belohnung ausgeschrieben, so dass die Belohnung im ganzen 4000 M. beträgt.

Beuthen OS. 27. Februar. Die letzte Schicht. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Schleifengruben. Während dem Schleifabbau brach das Gestein durch und verschüttete den an der betreffenden Stelle arbeitenden Bergmann Nowak, der nach vieler Mühe nur noch als Leiche geborgen werden konnte.

Kattowitz. 27. Februar. Stadtverordnetenstimmung. In mehreren kurz hintereinander folgenden Sitzungen beschlossen sich die Stadtverordneten mit dem Etat für 1918. In der letzten Sitzung nun wurde über den Polizeibetrieb beraten und bei dieser Gelegenheit kam es zu einer sehr heftigen Auseinandersetzung über die Polizeistreik. Man wandte nicht mit Unrecht ein, dass wegen der vielen Polizeistrafen die Polizeibeamten taglang auf den Gerichten sitzen müssen, weil fast immer gerichtliche Entscheidung beantragt wird, und dass die Einnahmen aus Strafen auf der anderen Seite doppelt und dreifach für Polizeibeamten Gehälter gezahlt werden müssen. Obwohl Oberbürgermeister Dr. Wohlmann der Meinung war, dass Polizeistreik zum Schutz der Bürgerschaft da wäre, scheint er doch wegen der außerordentlich vielen Anzeigen keine Bekommen zu haben, denn er klage hinzu, dass er anordnet habe, dass ihm in Zukunft alle Polizeistrafen über 5 Mark vorgelegt werden müssen.

Wir sind der Meinung, dass Herr Wohlmann hier nicht das Richtige getroffen hat. In Zukunft werden die ihm unterstehenden Polizeigebäude nun ganz einschließlich der Straße über 5 Mark einschränken und in der Hauptstraße immer unter 5 Mark feststellen. Das scheint man auch in der Stadtverordnetenversammlung empfohlen zu haben, denn nach der lauenen Aussprache bemerkte Herr Wohlmann, dass alle verflüchtigten Strafen bis ins einzelne genau geprüft werden. Bei dem heutigen System wird dies kaum möglich sein. Man ziehe nur einmal auf die Schöffengerichte und höre zu, wen es welcher Verurteilung Strafverfügungen erlassen werden. Man wird da bald zu der Ansicht kommen, dass die Polizeibeamten nicht dazu da sind, um Übertretungen zu verhindern, sondern nur auf Übertretungen aufzupassen und zur Anzeige zu bringen. Herr Wohlmann hätte der Offenlichkeit einer großen Dienst erwiesen, wenn er statt seiner zukünftigen Strafverfügung erklärt hätte, er habe keinen Beamten Anweisung gegeben, Übertretungen zu verhindern und Anzeigen so wenig wie möglich zu erstatten. Aber da nun Kattowitz in Oberösterreich voran sein will, so hoffen wir, dass diese Erklärung bald kommen wird.

Kattowitz. 27. Februar. Zur Reorganisation der Polizei im oberösterreichischen Industriebezirk. Zum Zwecke der weiteren Einführung der Königl. Polizei im oberschlesischen Industriebezirk stand Montag und Dienstag im hiesigen Stadtverordneten-Sitzungssaal unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten v. Schwerin-Döppling eine Konferenz statt, zu der die Oberbürgermeister der Städte Kattowitz, Beuthen und Königsberg, sowie der Bürgermeister von Wydowitz, Wohlmann, Beuthen, Stolle und Dr. Deuter, in ihrer Eigenschaft als Polizeichef, Regierungsschlosser Riegler, ferner der Polizeidirektor der Königl. Polizei in Zabrze-Baborow, Landrat v. Gernon und weiter die Landräte der Kreise Kattowitz, Beuthen und Tarnowitz, Gerlach, Krappenberg, Graf v. Limburg-Stirum, sowie schließlich Bürgermeister Neugebauer-Kattowitz als Polizeidepartement die befreundeten Polizeidirektoren und Kommissare einzutragen. Auch das Ministerium des Innern hatte einen Ministerialdirektor als Vertreter entsandt. Die Konferenz war nicht öffentlich, und die Verhandlungen unter die Polizeidepartementen sowie die Polizeistreikfrage soll hinsichtlich der Umgestaltung des Polizeiwesens von grundlegender Bedeutung werden.

Zabrze. 27. Februar. Verbrüht. Durch einen unglücklichen Zufall kam hier ein dreijähriges Kind infolge Verbrühung zu Tode. Tasselbe lag in der Nähe des Orients auf dem Nachstreich, während die Mutter am Osten kassierte. Da die Dienstplatte ins Feuer zwinkte, griff die Frau schnell nach dem Kassettopfe, verbrannte sich aber hierbei die Hand, so dass sie vor Sämera diesen fallen ließ. Ein Teil des heißen Kassettes ergoss sich auf das Kind, das hierdurch so stark verbrüht wurde, dass es nach kurzer Zeit starb.

Leobschütz. 27. Februar. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich Dienstag in Leobschütz, hiesigen Kreis. Der 17-jährige Mag. Burchard war mit Dängeraufen beschäftigt. Auf dem Feld erriet er unter die Rader und der schwere Wagen fuhr über seine Brust. Fast leblos wurde er in die väterliche Wohnung gebracht, wo er bald darauf starb.

Kreuzburg. 27. Februar. Ein Soldat verbrannte. Am Sonnabend früh brannte die Festung des Stellvertreters Beutzenloka in Nieder-Gölguth bei Kreuzburg vollständig nieder. Der Sohn des B., welcher in Krieg in Garnison ist, erschien des Abends vor dem Brand bei seinen Eltern und verlangte Civilleider. Da ihm diese verweigert wurden, entfernte er sich nach einem heftigen Streit mit seinem Vater wieder. Wenige Stunden darauf ging die Festung in Flammen auf. In dem Schutt der abgebrannten Scheune fand man die verkohlte Leiche des Sohnes und den daneben liegenden Säbel. Ob der Sohn die Scheune vorläufig angezündet hat, oder sich mit brennender Zigarette in die Scheune schlafen legte, weiß man, nach der „Brieger Zeitung“, nicht.

Neusalz OS. 27. Februar. Von den Legirollarbeitern. Am Sonnabend sprach im Gewerkschaftshause in einer öffentlichen Legirollarbeiterversammlung Kollege Grätzner Wreslau über: Die Schriftstellervereinigung gegen die Gewerkschaften, die Feinde des Legirollarbeiterverbandes, seine Künste und seine Erfolge. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, Hausaktion zu treiben.

Wichtigung. In der am Sonntag erfolgten Besichtigung der städtischen Gas- und Wasserversorgung hatten sich circa 100 Personen eingefunden. Der Besichtigung ging ein erklärender Vortrag des Büchers, Betriebsinspektor Herrn Günther vor. Das rege Interesse und die Aufmerksamkeit, die die Besucher der Darbietungen entgegneten, mögen Herrn Günther als Bestätigung für seine sich unterzogene Mühe gelten. Nachdem Sonntag findet die Besichtigung der Kläranlage sowie des Wasserbehörden statt. Treffpunkt Niedermühle und diele des Zeit-

bergs. Bei Wulke soll ein neuer heitiger Kampf stattgefunden haben. Einzelheiten fehlen jedoch noch.

Petersburg. 27. Februar. Anlässlich der Besiegungnahme des russischen Ural-Teiles Kosten in Adrianopel, der in bulgarischen Diensten stand und von den Türken aus geringer Höhe herabgeschossen und gefangen genommen wurde, hatte gestern der russische Minister des Krieges, Gassarov, eine längere Unterredung mit dem hiesigen türkischen Botschafter in Petersburg. Der russische Botschafter in Konstantinopel wurde schließlich nach Beendigung der Unterredung beauftragt, sich durch Radiotelegramm mit dem Kommandanten von Adrianopel in Verbindung zu setzen, damit Kosten als Kriegsgefangener und nicht als Spion behandelt und freigelassen, wie es hieß, erschossen werde.

Die Antwort der anderen!

Paris. 27. Februar. Der „Figaro“ bringt eine Unterredung mit dem General Balkanoff, dem bekanntesten militärischen Chef in Russland und dem besten Kenner der militärischen Verhältnisse Europa. Dieser sagte: Sollten die Anstrengungen des Deutschen Kaiserreiches etwa den Zweck verfehlten, der französischen und russischen Armee gegenüber einen Vorteil zu erzielen, so sind sie vollkommen fruchtlos und Deutschland duldet sich dann doch in einem gewaltigen Territorium befindet. Die gegenmassnahmen, die von den alliierten Ländern getroffen werden, werden Deutschland deutlich vor Augen führen, dass der Gedanke einer Verteilung Deutschlands auf dem Lande ebenso widerstandsfähig ist, wie der Gedanke einer deutschen Überlegenheit auf dem Wasser gegen England.

Berlin. 27. Februar. Der Deutschen Lageszeitung wird aus Brüssel telegraphiert: Seit dem Bekanntwerden der deutschen Heerespläne wird eine erhöhte Tätigkeit der französischen Militär-Verbände an der belgischen Grenze gemeldet, insbesondere bei Maubeuge, wo ein Teil eines Zuges fortgesetzte Extra-angriffe ungewöhnliche Widerstände beobachtet. Mehrere dieser Extra-angriffe gehen direkt von Calais aus ab, woraus wiederum geschlossen wird, dass England einen Teil der Widerstände liefern.

Der Wahlstreit in Ungarn.

Budapest. 27. Februar. (O. T. B.) Eine Versammlung der Vertreterinnen der sozialdemokratischen Partei nahm in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung eine Entschließung dahin an, dass die Unterstützung der Arbeiter am nächsten Montag oder später am Dienstag erfolgen soll. Die Leitung der sozialdemokratischen Organisation wurde erachtet, entsprechende Massnahmen zu treffen, ebenso haben die beiden verschiedenen Vorlesungen getroffen, damit etwaige Ausschreitungen gleich von vornherein vermieden werden können. Das Publikum wird von dem Streikkomitee aufgefordert, sich für mehrere Tage in Lebensmittel zu versetzen, damit es nicht in Not gerate. In zwei städtischen Krankenhäusern wurden 120 neue Betten aufgestellt für den Fall, dass während der Streikzeit Verwundungen vorkommen sollten.

300 000 Mark unterschlagen.

Berlin. 27. Februar. Der General-Direktor der hiesigen Land- und Industrie-Bank in der Burgstraße, Paul Richard Lindner, ist seit etwa zwei Wochen nach Unternehmungen, die sich auf über dreihunderttausend Mark belaufen, flüchtig geworden. Lindner war als leidenschaftlicher Spieler bekannt, dem kein Einsatz zu hoch war, und war auch ein häufiger Besucher von Kasinos, die von der besten Beweis vorzugsweise wurden. Der Desraubant soll die Flucht nach Amerika bereits am 14. Februar angereitet haben. Von der Verwaltung der Land- und Industrie-Bank wird hierzu ausdrücklich mitgeteilt, dass die Bank durch den Desraubanten Lindner in seiner Weise geschädigt worden sei.

Opfer des Militarismus.

Strasburg i. E. 27. Februar. Bei einer grossen Feuerübung in der Nähe von Strasburg i. E. hat sich gestern nachmittag gegen 5 Uhr ein schwerer Unfall ereignet. Eine Batterie des 84. Feldartillerieregiments wollte in rasender Kavallerie in Schussstellung auffahren, als beim Übereilen eines tiefen Grabens ein Geschütz umfiel und die Bedienungsmannschaft unter sich begrub. Ein Kanonier wurde dabei sofort zu Tode gesetzt, indem der Brustkasten und der Kopf ihm vollständig zerquetscht wurde, ein zweiter Kanonier erlitt lebensgefährliche und zwei weitere Kanoniere von der Bedienungsmannschaft erlitten leichte Verletzungen. Nachträglich kommt noch die Meldung, dass auch von diesen der eine mit dem schweren Verlust hoffnungslos verstorben ist, sodass das bedauerliche Unglück dreihunderttausend Menschenleben vernichtet wird.

Auf dem Eis eingebrochen und ertrunken.

Wilhelmshaven. 27. Februar. Bei dem Schlosshülfelsen auf dem kleinen Moorbach bei dem Orte Bechte sind die zwölf- und fünfzehnjährigen Gymnasiasten Niemann und Alping durch das Eis eingebrochen und ertrunken, da die Hilfe zu spät kam und der Unfall nicht gleich bemerkt wurde.

Frau Panhurst.

London. 27. Februar. Frau Panhurst, eine der ersten Frauenteilnehmer und eine russisch-slawische Führerin der Suffragettenbewegung, erhielt gestern nachmittag vor dem Polizeidirektorat, das ihren Prozess vor die Geschworenen verwies. In einem Plädoyer wies der Staatsanwalt auf die aggressive und niedrige Haltung hin, die bei dem Attentat gegen die Villa von Lord Georges jüngst getreten sei und zu dem Frau Panhurst angestellte habe. Da sich Frau Panhurst zudem entschieden weigerte, ein Gelübde zu unterzeichnen, dass sie sich bis zu der im Mai dieses Jahres stattfindenden Schwerterrichtsverhandlung ruhig verhalten wolle, wurde sie von neuem verhaftet und ins Gerichtsgefängnis abgeführt.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

27. 9.	0,98	1,85	0,18	1,59	0,87	4,98	1,10	0,66	0,36	4,68	1,89	0,04
28. 2.	10,98	—	—	10,61	54	88,1	4,40	1,78</				

Alkoholfreie Getränke.**= Bilz-Sinalco =**

Her. Grunz. Brant. 10.
Spiritu. A. Salzstr. 12 (Brant).
Strober. Mag. Oberstraße 26.

THOMAS BRUNSE, Fabrikat. 84.
Telefon 2511.

Bäckereien und Konditoreien

Höfer, Walter, Boizenstraße 43.
Böker, Klaus, Bielefeldstraße 5.
Dietrich, P. R. Lauenstraße 16, Ecke 28/30/32.
Hoffmann, Karl, Oderstraße 29.
Krause, Paul, Koppenstraße 64.
Kraus, Wilhelm, Bismarckstraße 35.
Menzel, Josef, Marktstraße 3.
Menzel, Wilhelm, Leopoldstraße 19.
Wagner, Eduard, Goldschmiedest. 45.
Wolff, Gust., Altenstraße 54.

Badegestalten.

Brügelius, Geb. Neu. Gasse 14.

Sandaglieten

Rauhe, Max. Gartenstr. 34. Tel. 10144.

Rein, Joh., Schmiedebr. 17/18.

Sattledera und Schnittwaren.

Geschw. Kopet, Andersonstraße 2.

diar-Präparaten. H. F. Verleger

Grauerei Sacrau, G.m.b.H.

Großheringhafte-Brauerei

Sam. Stammann c. G. m. b. H.

Brauerei, Brauerei, Schenkestraße.

Kopp & Görde Jubiläums-

Biere.

Kern, Josef, Oderstraße 3.

Metzger, J. Amperstraße 5/6.

Georg. Kraus, fr. Oberstraße 78.

Ung. G. Neustadtstraße 23.

Wiesner, F.W., Brauerei, Neumarkt.

Bier-Apparate, Kohlesäure.

Schönauer, Paul, Schmeidestr. 35.

Café

Collegiate-Café, Bismarckstraße 58.

Damen-Konfektion

Rösel, Felix, Schmiedebr. 7, M. L. II. &

Damen-Schneiderei.

Kaufm. Anstalt, fertigt Zubehör, 48.

Drogen und Farben

Hausdr.-Drogerie, Bismarckstraße 22.

Hausdr.-Drogerie, Gröbnerstraße 66.

Hausdr.-Drogerie, Kleiststr. 11 (Ecke 28).

Hausdr.-Drogerie, Neu. Oberstraße 110.

Hausdr., H. Bismarckstraße 104.

Gehr. Kraus, Königsstraße 18.

Schenk-Drog. Goethestr. 102 (Gesamt).

Eisen- u. Stahlwaren

Höfer, Otto, Ritterstr. 170, Colonialstr.

100, G. B. W. B. Kolonialstr. 2.

Staub, C. B. Kolonialstr. 18 (Wollseiden).

Gehr. Kraus, Bismarckstraße 81/93.

W. Schmid, H. Stadt, Ritterstraße 75.

Fahrzeuge, Motorräder

Geißler, Adolf, Bismarckstraße 70.

Geissel, Adolf, Bismarckstraße 42.

Heimann, Wilhelm, Tannenstraße 52.

Germann, G. Neu. Tannenstraße 52/54.

Geissel, G. R. Schubert, 78, L. Lösch.

Ziegler, J. R. Ritterstraße 152.

Glüge, Max, Schenkestraße 45.

Geissel, Gustav, Schenkestraße 19.

Schramm, P. Steinstraße 21, Repar.

Gehr. Kraus, Ritterstraße 20.

Färberat. u. Wäscherei

Acking, W., Am. Bismarckstr.,

Geissel, Gustav, Schenkestraße 19.

Höfer, W., Am. Bismarckstr.,

Geissel, Gustav, Schenkestraße 22.

2. Beilage.

Deutscher Reichstag.

120. Sitzung. Mittwoch, den 26. Februar,
nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratlich niemand.

Das Submissionswesen.

Auf der Tagesordnung steht die Veratung eines Antrags Bassemanns (not.), der die Vorlegung eines Gesetzes zur Regelung des Submissionswesens verlangt. Ein Antrag G. v. P. (Bpt.) der das gleiche verlangt, wird mit zur Debatte gestellt.

Abg. Frhr. v. Richthofen (nat.): Seit Jahren verlangen wir ein Gesetz über das Submissionswesen, das Frankreich seit 188 hat. Bei uns herrschen die verschiedensten Grundsätze: die eine Reichsbehörde schreibt die Lieferung von Kleinstleuten im Werte von 15 M. aus, eine andere vor ihr die Bestellungen im Werte von 100.000 M. freihändig. Die Differenzen sind häufig außerordentlich kurz. Zur Prüfung aller mit der Ausschreibung zusammenhängenden Fragen müssen Sachverständige zu Rate gezogen werden und dazu ist der gesetzliche Zwang notwendig. Heute kommt es vor, daß die auszuschreibende Behörde ganz unrichtige Angaben macht; beim Kaiser-Wilhelm-Kanal wurde sogar in die Bedingungen aufgenommen, daß die ausführende Firma niemals einen Einschlagsausbruch aus unrichtigen Angaben der Behörde herreiten würde. Das ist doch ganz unzulässig. Ferner muß der Schutz des Eigentums verstärkt werden. Große Klagen erregt die Vergebung des Lieferungen zum Landestypus; an keine Stelle müsse der angemessene Preis treten. Wir verlangen z. B. nicht landesgesetzliche Regelung. Ein Submissionsamt sähe die Durchführung der getroffenen Bestimmungen überwachen. Submissionsämter, die auch die Vermittlung von Lieferungen übernehmen, könnten besser in den Einzelstädten oder noch besser in den einzelnen Gemeinden errichtet werden. Das Reich hat nun selbst die Verträge zur Selbständigkeit zu erneut, weil die Leidenschaften der Handwerker und des Mittelstandes im ganzen Reich dieselben sind. Ihnen abuhren, ist die Pflicht des Reiches. (Bravo! bei den Matz.) Reiner bewirkt die Überweisung des Antrags an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Warmuth (Bpt.): Mit der Kommissionserarbeitung sind wir einverstanden. Eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse ist dringend nötig, dann durch unser Submissionswesen ist

ein Prekunterhütungsverfahren großgezogen

worden, das geradezu ein Krebsgeschwür für das Handwerk ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssten deshalb die Feststellung des Grundsatzes des angemessenen Preises. Die Regierungen wissen, welche Schäden vorhanden sind, und sollten daher sofort auf dem Verordnungswege vorgehen. Die Vergebung großer Lieferungen dürfte nicht an einen Generalunternehmer erfolgen, sondern in kleinen Losen. In dieser Richtung sollte die Rückerstattung auch die Gemeinden beeinflussen. Der Staat hat die Pflicht, die nationale Arbeit zu stärken, und nicht immer dem meisteien Preis nachzulaufen. Dem Handwerk muss wieder der goldene Boden gegeben werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Hiltmann (Soz.): Auch meine Partei hat nichts dagegen einzubringen, daß diese Maßnahmen in einer Kommission untersucht wird. Freilich kann mit einer reichsgesetzlichen Regelung des Submissionswesens dem Handwerk der goldene Boden nicht wiederhergestellt werden, den es früher durch den Kleinbetrieb hatte, die Grundlage ihm unter den heutigen Produktionsverhältnissen wiederzugewinnen, ist unmöglich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Trotzdem sind auch wir bereit, zu denen bestimmt Löhne garantieren zu werden. Dadurch ist erst die Schnittkonkurrenz in erheblichem Umfang gewachsen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dann spielen bei den Submissionsen oft auch andere Umstände wie Vertragsmäßigkeit, eine große Rolle. Die Vergebung öffentlicher Arbeiten hat in den letzten Jahren einen immer stärkeren Umfang angenommen, es sind nicht weniger als 30 bis 40.000 öffentliche Aktionen vorhanden, die Arbeiten verteilen. Daß da die Ausstellung bestimmter Grundsätze notwendig ist, ist ohne weiteres klar.

Ramentlich im Baugewerbe

sind ganz außerordentliche Mißstände vorhanden, und auch die Sozialdemokratie wird ihr Bestes einsetzen, um auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen. Auch die Wohnungswirtschaft hängt mit diesen Mißständen zusammen, so dass Parteien ist durch das Wohnungswesen untergraben und infolgedessen ist die Geldbeschaffung außerordentlich erschwert worden. (Zustimmung bei den Soz.) Auf Grund der Schnitzkonkurrenz haben wir nicht mehr eine faire und ehrliche Erledigung der Arbeiten zu erwarten, sondern es tritt eine Verzehrung ein, und es leidet die Qualität der Arbeit unter ihrer Quantität. Damit hängt auch das Schnitzergeld der Arbeitnehmer oder vielmehr - Ursachen zusammen, durch das man zugleich verhindert will, daß bei der Abnahme der öffentlichen Bauten die genügende Kontrolle ausgeübt wird. Es ist auf diesem Gebiete eine Gewissenslosigkeit eingetreten, die zu befürchten wir alle Verantwortung haben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Einen großen Teil der Schuld tragen aber die Handwerker selbst. Die Arbeiter sind in ihrer gewerkschaftlichen Organisationen den Mißständen entgegengesetzt. In den Zwangsorganisationen der Handwerker aber, den Zünften, haben wir Fortschritte nicht gesehen. Die Großunternehmer haben sich in Gruppen vereinigt, durch welche die Gewerken bei ihren Unternehmungen sehr effektiv geabschafft werden. Auch in Handwerkerringen scheint man jetzt immer mehr zu merken, daß vor allem die Konkurrenz der Großbetriebe gegen die Kleinbetriebe in Frage kommt, daß sie es ist, die den Kleinbetrieb bedrängt und belastet. Durch eine Regelung des Submissionswesens wird man zu einem Teil der Mißstände befreien können, über einen Teil wird man auch befreien können durch gesunde Fortbildungsschulen und durch Erziehung des Volksbewußtseins. (Sehr richtig! bei den Soz.) Eine grundlegende Ausbildung ist für den Handwerker heute nothwendiger als je. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Die Sozialdemokratie will insbesondere sorgen, daß die Arbeiter von öffentlichen Behörden in erster Linie in Regie vergeben werden. Der kleine Unternehmer braucht dabei nicht ausgeschlossen zu werden. Dem Handwerkstand würden derartige Regelungen weiter schaden als das heutige Submissionswesen. Eine neue Regelung des Submissionswesens hat vor kurzem in Offenbach a. M. stattgefunden, und dabei sind neben den Wünschen der Handwerker auch die der Arbeiter berücksichtigt. Es sollen von der Lieferung ausgeschlossen werden Unternehmer, welche die tatsächlich verfügbaren Löhne nicht zahlen, welche die tatsächlich erzielte Arbeitszeit nicht erlauben, welche den Arbeitern das Kraftkonzentrat vorwerfen, welche Schleißausbeutung betreiben, welche die Arbeiten in Staubanstalten und Frottierzettelungsanstalten herstellen lassen. In ähnlichem Sinne müßte auch im Reich ein besserer Aufwand berücksichtigt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Entschiedenes Befürworten müssen wir erheben, wenn in die Submissionsbedingungen die Streiklausel aufgenommen wird, die den Unternehmern eine Fristverlängerung bei einem Streik mit den Arbeitern gewährt und ihnen den Rücken gegenüber. Befürderungen der Arbeiter fördert. (Lieberhofer Beitrag bei den Soz.)

Auf Antrag des Grafen Camerer-Gieserwitz (kons.) wird ein konservativer Initiativantrag, auf Antrag des Abg. Münnich (wirlich. Bap.) ein Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung über das Submissionswesen mit zur Debatte gestellt. Abg. Dr. Zenit (Zenit): Es ist bedauerlich, daß bei der Beratung unserer Initiativanträge die Bundesraiserstraße leer bleibt. — Eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens halten wir nicht für wünschenswert, dazu sind die Verhältnisse in verschiedenen Teilen des Reiches zu verschieden, zweckmäßig ist vielmehr eine landesgesetzliche Regelung. Die Vergabe der staatlichen Arbeiten in Regie, die der Vorsteher fordert hat, bewilligen wir entschieden, davon wüssten die Handwerker nur Nachteil haben.

Abg. Graf v. Camerer-Gieserwitz (kons.): Im Preußischen Abgeordnetenhaus hat man sich mit Eintritt der Nationalsozialisten dahin geeinigt, daß eine einheitliche Regelung des Submissionswesens durch das Reich nicht anängt ist. (Dort, hört! rechts und im Zenit.) Trotzdem werden wir für die Überweisung sämtlicher Anträge an eine Kommission stimmen. Abg. Bartschat (Bpt.): Eine geeignete Grundlage für die Verhandlungen der Kommission ist der Submissionsentwurf des Danckwerts. — Die Streiklausel darf aus den Submissionsbedingungen nicht verschwinden, wenn die Unternehmer nicht ganz erheblich geschwächt werden sollen. — Die mit dem Submissionsamt in Sachsen gemachten Erfahrungen reizten nicht gerade zur Nachprüfung an.

Abg. Tombek (Bpt.): In den polnischen Landestümern werden die Gewerbetreibenden durch die Staats- und Kommunal-

behörden kontrolliert; schon aus diesem Grunde müssen wir eine reichsgesetzliche Regelung einer landesgesetzlichen vorziehen. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Werner-Giesen (Wirlich. Bap.) und Werner-Herfeld (Ant.) werden sämtliche Anträge einer Kommission überwiesen.

Es folgt die Beratung von

Petitionen.

Mehrere Petitionen zur Zündwarensteuer und Zündholz-Blindholzindustrie verlangen Aufhebung der Zündwarensteuer, Schadloshaltung der geschädigten Arbeiter der Blindholzindustrie, Gewährung eines Kontingents an diese Industrie, Besteuerung von Zündholzhalbstäben (Schwedenschachteln und Espenholzstäbe).

Die Kommission beantragt Überweisung zur Berücksichtigung bezüglich der Schadloshaltung der geschädigten Arbeiter. Überweisung zur Erwägung bezüglich der Gewährung eines Kontingents, Übertragung zur Tagesordnung bezüglich der Aufhebung der Zündwarensteuer und der Einführung einer Steuer auf Schwedenholzschachteln und Espenholzstäbe.

Abg. Sperrlich (Zenit): Auf der Tribüne unverständlich scheint sich für die Kommissionserarbeitung und die Besteuerung der Schwedenholzschachteln auszubrechen.

Abg. Hasenahl (Soz.): Die Finanzreform und mit ihr das Zündwarensteuergesetz wurde von ihren Schöpfern als nationale Tat aussehen, in Wirklichkeit hat sie das deutsche Volk und die Industrie schwer geschädigt. Die Betreuten wünschen

die Zündholzhalbstäbe

aus ihrer durch das Gesetz verursachten mühsamen Lage zu befreien; die Taten, die sie ausführen, sind sehr berechtigt; es ist geradezu traurig zu sehen, wie Betriebe, die Jahrzehntelang produzierten, jetzt stillstehen. Eine große Anzahl von Arbeitersfamilien ist dadurch aufs äußerste geschädigt, und deren Schadloshaltung, die die Betreuten verlangen, ist durchaus geboten. Ich kann mich da dem Antrage der Kommission aus Überweisung dieses Falles der Petition an den Reichskanzler zur Berücksichtigung nur anschließen. Aber ganz entscheidend muß ich dagegen verwahren, daß eine weitere Steuer auf die Hilfsmittel der Zündwarenindustrie eingeführt wird, wie der Vorsitzender es wünscht. Die Kommission empfiehlt über diesen Punkt der Petition Überweisung zur Tagesordnung. Auch hier kann ich mich dem Urteil der Kommission nur anschließen und ebenso dem Antrage, die Gewährung eines Kontingents dem Reichskanzler zur Einigung zu überweisen. Ich möchte zugleich die Herren von der Regierung erzählen, recht schnell für Arbeit zu sorgen, die schwergeschädigte Industrie und die Arbeiter zu bergen, denn schnelle Hilfe tut dringend not. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Dr. Blaum (Bpt.): empfiehlt ebenfalls die Anträge der Kommission.

Die Anträge der Kommission werden angenommen.

Es folgt eine Petition betr.

Gewährung der Veteranenbeihilfe.

Abg. v. Oerken (kons.): Die Veteranenbeihilfe ist heute nicht mehr ausreichend, und die Veteranen werden von den Behörden nicht mit dem Wohlwollen behandelt, das sie verlangen können. Ich stelle den Antrag, die Petition der Regierung zur Einigung zu überweisen, damit in eine nochmalige Prüfung eingetragen wird.

Die Petition wird auf Antrag des Abg. Schwabach (natl.) — entgegen dem Antrag der Kommission (Übergang zur Tagesordnung) — zur nochmaligen Beratung an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgt eine Petition betr. Rendierung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und

Verbot des Handels und der Beamten.

Abg. Dr. Neuerstein (Soz.): In der vorliegenden Petition handelt es sich zunächst um eine Rendierung des Genossenschaftsrechts. Diese Rendierung hat ihre volle Berechtigung. Das Gesetz ist bezüglich der Generalversammlung und seiner sonstigen Aufgaben vollständig überholt. In diesen Punkten muß möglichst bald eine Rendierung vorgerommen werden, die eine Verbesserung des Genossenschaftsrechts bedeuten muss. Die Betreuten wollen aber eine Verschlechterung des Genossenschaftsrechts zu Ungunsten der Konsumgenossenschaften. Aus diesem Grunde ziehen wir vor, lieber bei dem bestehenden, erträglichen Zustand zu bleiben. Die potentiellen Vertreter der Mittelstandsparteien beantragen natürlich eine Verschlechterung guter Gelegenheit. Der Bericht der Kommission hat in sechs Punkten aufgeführt, was den Beamtenkonsumenten alles zugemutet werden soll. Der

Aus aller Welt.

Die Minenkatastrophe in Spanien.

Nach amtlichen Meldungen beträgt die Zahl der bei der Minenexplosion in Gijon gestorbenen 24. Darunter soll sich auch der die Arbeiten leitende Ingenieur und Unternehmer befinden. Die Anzahl der Verwundeten ist beträchtlich. Man glaubt, daß außerdem noch zahlreiche Personen unter den Trümmern liegen. — Die Katastrophe ereignete sich folgendermaßen: Eine Mine von 3500 Kilogramm schwarzen Pulvers war gelegt worden, um einen Berg zu sprengen. Die Sprengung mißlief, und die Mine, die nach hinten losging, schleuderte einen wahren Regen von Steinen auf die Schaukel und die Schiffe in dem Hafen.

Mehr als 200 Verletzte — 100 Verschüttete.

Dem „Imparzial“ zufolge beträgt die Zahl der bei dem Unglück in Gijon Verwundeten mehr als 200. Etwa 100 sollen unter den Trümmern verschüttet sein.

Fliegerabsturze.

Am Mittwoch vormittag unternahm der nach dem Habsheimer Flugplatz (Vilshofen i. E.) auskommandierte Fliegeroffizier Oberleutnant Linke vom 84. Flieger-Regiment in Stuttgart mit dem gleichfalls als Fliegeroffizier nach Habsheim abkommandierten Unteroffizier Pellerstorfer vom Telegraphenbataillon Nr. 4 in Karlsruhe mit einem Fesselballon decker einen Probeflug. Bei einer etwas scharf genommenen Kurve rutschte das Flugzeug aus etwa 20 Meter Höhe nach hinten ab und stürzte zur Erde. Der Unteroffizier war sofort tot, Oberleutnant Linke starb nur unbedeutende Verleugnungen.

Der Unteroffizierabsturz unterwarf am Morgen in Vola (Sizilien) mit einem Hydroplan einen Schlag, der Apparat schwere wurde schwer verletzt.

In Hangelar (Siegerkreis) ist der Flieger Bruno Wernigen am Dienstag abend aus 80 Meter Höhe abgestürzt. Er war sofort tot.

Zu dem Todesturz des Fliegers Wernigen, über den bereits kurz berichtet worden ist, werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Wernigen hatte einen Eindecker gebaut, der mit einem Argusmotor von 106 Pferdestärken ausgerüstet war und eine Fluggeschwindigkeit von 170 Kilometer in der Stunde erreichen sollte. Mit diesem Eindecker hatte Wernigen schon am Sonnabend verschiedene Flüge unternommen und dabei eine Höhe von 600 Metern erreicht. Gestern morgen war er mit dem Lieutenant Werner vom Infanterieregiment Nr. 173 als Fluggast aufgestiegen, landete aber nach kurzer Zeit wieder glatt, da das Wetter zu böig war. Gegen 6 Uhr abends stieg Wernigen zu einem neuen Fluge auf, an dem auch Lieutenant Werner teilnehmen sollte. Der Flieger stieg aber, um das Wetter zu erkunden, zunächst allein auf. Er umslog den Flugplatz zu drei Vierteln. Als er die letzte Wendung nehmen wollte, sah der Wind das Flugzeug, das schon vorher stark geschwankt hatte und brachte es nieder. Es stürzte dadurch den Halt in der Luft, und stürzte aus 20 Meter Höhe zur Erde nieder, wo es vollständig zertrümmerte. Wernigen lag, als Helferinnen herbeieilten, unter den Trümmern und war bereits tot. Sein Körper wies nur eine Fleischwunde über dem rechten Auge und einen Bruch der rechten Nasenscheide auf; der Tod mag also infolge schwerer innerer Verletzungen erfolgt sein. Die Mutter Wernigen's, die sehr oft als Passagierin fährt, mit ihrem Sohn unternommen hatte, war auf dem Flugplatz anwesend und mußte so den Todesturz ihres Sohnes mit ansehen.

Die Toten der Südpolexpedition Mawson. Die Nachricht, daß Leutnant Minnis und der Schweizer George Dr. Mawson auf dem Südpolexpeditioonen tot sind, erreichte in London sehr frühzeitig war, daß neues Land östlich und westlich von Commonwealth-Bay entdeckt wurde, und daß man wichtige Tiefen in Nähe dem magnetischen Pol feststellte. Mawson wird ein weiteres Jahr in Adelie-Land bleiben müssen.

Großdöhr der Arbeit. Auf der Zeche „Friedlicher Nachbar“ bei Bochum hat sich gestern morgen ein schwerer Unfallstall ereignet. In der Maschinenhalle zerbrach beim Kohlenfördern der Zylinder der Fördermaschine. Die zehn herfliegenden Eisenstücke verlegten den Fördermaschinenleibungsgeschäftlich an der Brust. Trotz der schweren Verwundungen hatte der Mann noch die Geistesgegenwart, den Hebel herumzuwerfen und die Maschine zum Stehen zu bringen, wodurch ein schweres Unglück verhindert wurde. Durch den Unfall ist ein Teil der Belegschaft der Zechen „Friedlicher Nachbar“ und „Baadermulde“ gezwungen, etwa 14 Tage zu feiern.

Bergmannstos. Auf der Zeche „Tremonia“ bei Dortmund wurden gestern vormittag zwei Bergleute von hereinbrechendem Gestein verschüttet und lebensgefährlich verletzt. Es besteht wenig Hoffnung, sie am Leben zu erhalten.

Grubenkatastrophe auf westfälischen Felsen. Auf den Schächten 2, 6 und 7 der Gewerkschaft „Konstantin der Große“ ist das Flöz Diaband in Brand gesetzt. Auf Schacht 6 und 7 ist es gelungen, den Feuerherd einzumauernd. Auf Schacht 2 steht man noch nach dem Brandherd. Auf Schacht 5 der Gelsenkirchener Bergwerks- und Geflügelgesellschaft gehörenden Zeche „Thies“ wütet seit einigen Tagen in einer Grünschlammkammer ein großer Brand, der sich inzwischen bis zur 6. Sohle ausgedehnt hat. Die Bergwerksfeuerwehr der Zeche „Rheinelbe“ in Tag und Nacht mit den Lösch-Auseinander- und Bergmauerungsarbeiten beschäftigt. Die Wehr hat einen schweren Stand, da sie infolge der giftigen Gase nur mit Atemapparaten vorgehen kann.

Eine Kriegsveteran. Wer war ein Held? In den Nummern 43 und 46 des „Dochumer Anzeiger“ ist folgendes Inserat enthalten:

Welches edelste Menschlichkeit schenkt 75-jährigem Veteranen der anderen Weltkriege in seinem Heimatland und durch lange Krankheit durchgekommen ist ein Held?

Wer 100 Millionen Mark für die neue Militärvorlage und dann tragen die Veteranen auch noch nichts.

